



Mein Plan für Linz

SICHERES ZUHAUSE

**SICHERE
ZUKUNFT**



Dr. Michael Raml
Bürgermeisterkandidat





FPÖ Linz, Blütenstraße 21, 4040 Linz



LIEBE LINZERINNEN, LIEBE LINZER!

Ich bin Linzer seit meiner Geburt. Ich habe meine Kindheit und Jugend hier verbracht, meine schulische Ausbildung hier genossen, meine akademische Laufbahn begonnen und vollendet, hier meine Frau gefunden und geheiratet und es ist mein größter Wunsch, dass auch unsere Kinder einmal hier in meiner wunderbaren Heimatstadt eine schöne, lebenswerte Zukunft erwartet.

Es sind so viele Faktoren, die ein glückliches und erfülltes Leben ermöglichen. Stabile persönliche Beziehungen, gute Gesundheit, Friede und Freiheit, eine intakte Natur, Familie. Manche dieser Faktoren hängen von den zutiefst persönlichen und individuellen Umständen ab, in die man hineingeboren wird oder in die man sich hineinentwickelt. Doch es gibt auch diesen anderen Bereich - den Boden, den man bestellt, damit sich darauf gutes Leben entwickeln kann. Und dieser Bereich ist der Handlungsraum der Politik.

Wenn bestimmte Rahmenbedingungen fehlen, ist keine gesunde Entwicklung unserer Gesellschaft möglich. So ist beispielsweise ohne Sicherheit alles

nichts. Mein Plan für Linz ist, dass unsere Stadt wieder ein sicheres Zuhause bietet für alle Menschen, die hier leben. Sicherheit vor wachsender Kriminalität ist hier natürlich ein entscheidender Faktor, aber Sicherheit ist noch so viel mehr: Es ist mein Plan, Linz zur sichersten Stadt Österreichs zu entwickeln

Auch ohne Gesundheit ist alles nichts. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein hoher Standard an medizinischer Versorgung in Österreich etabliert, den wir derzeit massiv erodieren sehen. Die Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin und einer sozialen und regionalen Unterversorgung der Bevölkerung macht mir große Sorgen und in meinem hier vorgelegten Plan für Linz finden sich konkrete Vorschläge für eine Umkehr dieser Entwicklung. Dass die Linzerinnen und Linzer in Gesundheit und Würde in ihrer Heimatstadt alt werden können – das ist ein klarer Auftrag an die Politik und hier gibt es tatsächlich viel zu tun.

Unsere Stadt ist Lebensraum für Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen. Familien und ihre Kinder, arbeitende Menschen, Senioren – ich sehe mich



in der Verantwortung, an einer Gesellschaft zu arbeiten, die auf niemanden vergisst und gleichzeitig für soziale Ausgewogenheit und Gerechtigkeit sorgt. Insbesondere der Bereich der Sozialhilfe hat in der Vergangenheit seltsame Blüten getrieben und die Städte haben sich zu wahren Magneten für Sozialtouristen entwickelt. Hier sehe ich eine absolute Notwendigkeit zur Kurskorrektur. Das Beispiel Wien sollte uns als mahnendes Beispiel dienen für eine gesellschaftliche Entwicklung, die ich so in Linz nicht haben möchte.

Die einheimische Bevölkerung füllt seit Generationen jene Töpfe, die für den sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit gedacht sind. Wenn nun jene am stärksten darauf zugreifen, die teilweise noch keinen Cent beigetragen haben, dann empfinden die Menschen das zu Recht als massiv ungerecht. Wir alle kennen die Beispiele, die uns jüngst aus Wien vor Augen geführt wurden: Migrant*innen, die besser gestellt werden als so manche Österreicher*innen - das darf nicht sein und dagegen setze ich mich an der Seite der Menschen zur Wehr.

Wenn wir unseren Familien keine ansprechende und sichere Heimat in Linz bieten können, werden sich in Zukunft noch weniger junge Menschen für eine Familie entscheiden oder Familien kehren unserer Stadt den Rücken – ein Zukunftsbild für Linz, das ich unbedingt verhindern möchte. Vom Wohnungsangebot über Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen

bis hin zu attraktiven und leistbaren Freizeitangeboten braucht die Stadt einen Masterplan für Familien, dessen erste Schritte ich hier in meinem Plan für Linz entworfen habe.

Linz ist auch eine Industrie- und Arbeiterstadt und wir wissen, vor welchen großen Herausforderungen und Veränderungen Linz als Wirtschaftsstandort steht. Die Politik darf sich hier nicht auf die Rolle des Zuschauers beschränken und Deindustrialisierung und Abwanderung von Arbeitsplätzen schulterzuckend zur Kenntnis nehmen. Eine proaktive Standortpolitik kann mit einer vernünftigen Klimapolitik Hand in Hand gehen. Derzeit erleben wir aber das Diktat einer im Tunnelblick verlorenen Klimapolitik, die insbesondere von europäischer Ebene massiv betrieben wird und unserer Wirtschaft die Kehle abschnürt. Hier braucht es eine klare politische Kante und einen deutlichen Widerspruch.

Bei aller Entwicklung und allem Wachstum, die zu einer Stadt wie Linz auch gehören, ist mir der Erhalt unserer kulturellen Identität und unseres christlich-abendländischen Wertefundaments von höchster Wichtigkeit. Wenn wir auf unsere Wurzeln und unsere Geschichte vergessen, darf es uns nicht wundern, wenn „das Österreichische“ unter die Räder kommt. Wenn wir keinen Integrationsanspruch an zuwandernde Bevölkerungsgruppen stellen, wird unsere Heimat verwässert und wir verlieren den Boden unter unseren Füßen. Meine freiheitliche Gesinnung



verbietet mir, eine solche Entwicklung auch nur im Ansatz zu akzeptieren und ich garantiere, mich in jedem Bereich meiner politischen Tätigkeit für den Erhalt unserer Kultur und unserer kulturellen Identität einzusetzen.

Mit Recht stößt die Menschen in der Politik kaum etwas mehr ab als das Gefühl, dass „die da oben“ ohnehin tun, was sie wollen. Dass sie es sich schon richten werden. Und in der Vergangenheit wurden sie in diesem Gefühl oft genug bestätigt. Mit meinem Plan für Linz, mit meiner Kandidatur um das Bürgermeisteramt, lade ich alle ein, sich ein Bild von mir und meiner Vision für eine gute und lebenswerte Zukunft zu machen und mich daran auch zu messen. Nach all den Enttäuschungen der letzten Jahre, die letztlich auch diese Wahl nötig gemacht haben, wünsche ich mir eine Versöhnung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, die in Linz leben, und jenen, die die Rahmenbedingungen für dieses Leben in Linz gestalten. Ich wünsche meiner Heimatstadt einen politischen Neustart.

Sie finden in meinem Plan für Linz in neun Kapiteln grundsätzliche Überlegungen über die großen Linien meines politischen Denkens, aber auch zahlreiche konkrete Vorschläge dafür, wie sich das Leben und das Zusammenleben in Linz besser gestalten lässt. Wären alle diese Ideen verwirklicht, wäre die politische Arbeit natürlich längst nicht getan. Ständig neue Herausforderungen stellen darum auch die Fra-

ge nach den ideologischen Wurzeln, aus denen sich meine Arbeit nährt. Und diese Wurzeln sind freiheitlich im besten und verlässlichsten Sinn des Wortes. Die Geschichte Österreichs, die Geschichte des christlichen Abendlandes und die Vision, diese Geschichte auch in der Zukunft fortzuschreiben und Heimat und kulturelle Identität nicht aufzugeben, sind die Beweggründe meines politischen Engagements.

Ich bin nicht nur ein freiheitlicher Politiker, ich bin ein freiheitlich denkender und lebender Mensch. Ich lebe für die Freiheit. Ich lebe für meine Heimat. Ich gebe alles für die Sicherheit der Linzerinnen und Linzer. Für ein sicheres Zuhause. Für eine sichere Zukunft, an der ich gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt arbeiten möchte.

Das ist mein Versprechen, mit dem ich antrete, um bei der Wahl zum Bürgermeister Ihre Zustimmung zu finden.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Raml', written in a cursive style.

Dr. Michael Raml

INHALTSVERZEICHNIS

Sicheres Linz. Sicheres Zuhause. Sichere Zukunft.	8
Unsere Werte. Unsere Regeln. Damit Linz Heimat bleibt.. . . .	18
Leistbares Wohnen. Lebenswertes Umfeld. Sicheres Zuhause.	24
Kinder schützen. Familien fördern. Zukunft sichern.	32
Soziale Sicherheit. Sozialer Neustart. Sichere Zukunft.	38
Gesunde Medizin. Gesunde Linzer. Gesunde Zukunft.	44
Gesunde Stadtentwicklung. Freier Verkehr. Mit Hausverstand.	52
Kulturelle Identität leben. Brauchtum leben. Traditionen bewahren.	60
Gesunde Finanzen. Starke Wirtschaft. Sichere Arbeitsplätze.	66

**SICHERES LINZ.
SICHERES ZUHAUSE.
SICHERE ZUKUNFT.**



„Sicherheit ist das Fundament einer lebenswerten Stadt. Linz muss eine Stadt sein, in der sich alle Bürger sicher fühlen können. Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung müssen in Linz wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Linz soll die sicherste Stadt Österreichs werden.“

MEIN SICHERHEITSPLAN FÜR LINZ:

- » Mehr Polizisten und Wachzimmer für Linz.
- » Ordnungsdienst als Stütze für Ordnung und Sauberkeit.
- » Schutzzonen, Alkoholverbote und Sozialarbeit.
- » Ausbau der Videoüberwachung und bessere Beleuchtung.
- » Mehr Schutz für Frauen.
- » Maßnahmenbündel gegen Jugendkriminalität.
- » Hartes Durchgreifen gegen Drogenkriminalität.
- » Vorsorgen schützt vor Sorgen.
- » Asylstopp und konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter.

MEHR POLIZISTEN UND WACHZIMMER FÜR LINZ

Prävention durch Präsenz - Die Sichtbarkeit von Polizisten im Stadtgebiet schafft ein Gefühl der Sicherheit. Insbesondere in Stadtteilen mit hoher Kriminalität sollen zusätzliche Polizeistreifen eingesetzt werden, um Verbrechen zu verhindern und Straftäter schnell zu fassen. Dafür sind ausreichend Exekutivkräfte notwendig. In Linz wären eigentlich 624 Vollzeit-Beamte im Dienststellenplan vorgesehen. Die Realität sieht aber seit vielen Jahren anders aus. Mit Stand von September 2024 stehen im Stadtpolizeikommando für die hier vorgesehenen Aufgaben nämlich nur 569 Vollzeit-Arbeitskräfte tatsächlich zur Verfügung. Es fehlen somit über 50 Polizisten, das entspricht in etwa der Besetzung von zwei vollwertigen Polizeiinspektionen. Diese Zahlen belegen klar meine langjährige Forderung als Sicherheitsstadtrat: Das Innenministerium muss Linz dringend mehr Polizisten zuteilen.

Das Sicherheitsgefühl der Linzerinnen und Linzer leidet gerade seit der Flüchtlingswelle 2015 besonders. Dass Linz trotz jahrelanger dahingehender freiheitlicher Forderungen noch immer nicht ausreichend Polizeibeamte zur Verfügung gestellt bekommt, macht es noch schlimmer. Nur mit ausreichend Polizeibeamten kann bestmöglich für die Sicherheit der Linzerinnen und Linzer gesorgt werden. Wir brauchen endlich jene Beamte, die uns auch zustehen, um konsequent gegen Kriminelle vorgehen zu können

Ausreichend Polizeikräfte ermöglichen die dringend notwendigen Kontrollen: Das unter der schwarzbauen Bundesregierung verschärfte Waffengesetz bestimmt erstmals ein Waffenverbot für bestimmte Drittstaatsangehörige, darunter Asylwerber und Asylberechtigte. Dieses gilt unter anderem auch für Messer. Wenn also ein Asylberechtigter ein Messer bei sich trägt, begeht er eine Verwaltungsübertretung, die mit Geld- und sogar Freiheitsstrafe geahndet wird. Ich fordere schon lange eine konsequentere Kontrolle des geltenden Waffenverbots für Drittstaatsangehörige und Asylwerber. Solange wir in Linz aber zu wenig Polizisten haben, werden Ressourcen für diese Kontrollen nur schwer aufgebracht werden können.

Linz ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Besonders die Stadtteile Ebelsberg und SolarCity/Pichling zählen zu den am schnellsten wachsenden Vierteln. Durch den dortigen Wohnbau nimmt das Bevölkerungswachstum kontinuierlich zu. Zusätzlich wird die Infrastruktur in diesen Stadtteilen auch in den kommenden Jahren weiter ausgebaut. Ich stehe für eine sichere Stadtentwicklung, gemeinsam mit der Polizei. Das Innenministerium muss auf das Bevölkerungswachstum im Linzer Süden rechtzeitig reagieren, weil der aktuelle Dienstposten- und Polizeiinspektionen-Plan nicht zeitgemäß ist und nicht der örtlichen Lage entspricht.

Die gerade laufende Planung des neuen Wohngebiets auf dem ehemaligen Kasernengelände bietet eine ausgezeichnete Möglichkeit, parallel zum Wohnraum auch die notwendige Sicherheitsinfrastruktur zu planen und einzurichten. Im Zuge dieser Planung muss ein neues Wachzimmer in Ebelsberg mitgeplant werden. Auch der Stadtteil Oed war in den letzten Jahren Schauplatz starker Bautätigkeit und braucht endlich ein eigenes Wachzimmer, damit die Menschen auch wieder ein vertretbares Gefühl von Sicherheit in ihrem Wohnumfeld haben. Besetzt werden könnten diese beiden Polizeiinspektionen mit jenen 55 Polizeikräften, die Linz zustehen.

Der Gemeinderat hat auf meine Initiative bereits mehrere Resolutionen an die Bundesregierung beschlossen, die zusätzliche Wachzimmer und mehr Polizisten für Linz einforderten. Diese berechtigten Forderungen verdienen eine noch stärkere Stimme durch den künftigen Bürgermeister, um ein sicheres Zuhause gewährleisten zu können.



ORDNUNGSDIENST ALS STÜTZE FÜR ORDNUNG UND SAUBERKEIT

Ordnung und Sauberkeit sollten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, trotzdem halten sich nicht alle an die einfachsten Regeln des Zusammenlebens. Auch einfache Regeln brauchen Kontrolle und dafür gibt es dank der konsequenten Arbeit der FPÖ seit September 2010 den Ordnungsdienst der Stadt Linz. Seither kümmern sich die Mitarbeiter täglich zwischen 6:30 und 22:30 Uhr um mehr Ordnung und Sauberkeit in der Stadt. Mein Ziel war und ist eine starke Unterstützung für die Polizei, die sich vor allem um die Bekämpfung der schweren Kriminalität kümmern muss. Der Ordnungsdienst hat sich zu einem wichtigen Partner der Exekutive entwickelt, insbesondere im Kampf gegen illegale Bettelei und bei der Überwachung der ortspolizeilichen Verordnungen, wie Alkoholverbote auf Spielplätzen. Darüber hinaus überwacht der Ordnungsdienst den ruhenden Verkehr, kontrolliert die Einhaltung des OÖ. Hundehaltegesetzes, verhindert strafbare Handlungen wie Vandalismus und illegale Müllablagerungen und ist eine mobile Anlaufstelle für die Linzerinnen und Linzer.

Durch den gezielten Einsatz von Sozialarbeitern hat der Ordnungsdienst die neuralgischen Punkte in unserer Stadt besser in den Griff bekommen. Der Ordnungsdienst kennt die Brennpunkte und weiß, wo es zu Differenzen und Spannungen kommt. Sozialarbeiter können dort direkt tätig werden, Probleme ansprechen und gezielt auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Durch regelmäßige Rückmeldungen und enge Zusammenarbeit mit dem Ordnungsdienst

schafft das eine direkte Verbindung zwischen präventiver Sozialarbeit und der Aufrechterhaltung von Ordnung.

Ich habe im Jahr 2023 als Sicherheitsstadtrat gemeinsam mit der Geschäftsführung einen zentral gelegenen Stützpunkt des Ordnungsdienstes in der Innenstadt geschaffen. Dahinter stand die strategische Überlegung, sowohl die Innenstadt als auch den Linzer Süden schneller und intensiver bestreifen zu können. Ich lege auch beim Ordnungsdienst großen Wert auf möglichst viel Präsenz als wirksames Präventionsmittel.

Seit seiner Gründung im Jahr 2010 haben sich die Aufgaben und Befugnisse des Ordnungsdienstes kontinuierlich erweitert, um den sich verändernden Herausforderungen in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Ich will seine Präsenz weiter verstärken und die Zusammenarbeit mit der Polizei noch enger gestalten. Ich werde den Ordnungsdienst als weiterhin flexible und professionelle Unterstützungseinheit etablieren, die dazu beiträgt, Linz sicherer und sauberer zu machen. Ein zentraler Punkt dabei ist, dass die Mitarbeiter in allen Stadtteilen sichtbar sind, um präventiv gegen Regelverstöße vorzugehen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Mir ist es wichtig, die Bedürfnisse der Linzerinnen und Linzer immer im Blick zu haben und den Ordnungsdienst langfristig zu einem noch festeren Bestandteil der städtischen Sicherheitsstruktur zu machen.

SCHUTZZONEN, ALKOHOLVERBOTE UND SOZIALARBEIT

Sicherheits- und Ordnungsdefizite sind auf die unterschiedlichsten Ursachen zurückzuführen. Sicherheit können wir nur gewährleisten, wenn alle Behörden und Einsatzorganisationen an einem Strang ziehen. Ich setze daher auf einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und ein gemeinsames Vorgehen von Polizei, Magistrat, Ordnungsdienst und Sozialarbeit. Ein gemeinsam geschnürtes Bündel an unterschiedlichen Maßnahmen ist eine wesentliche Grundlage für die Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Ich werde auch künftig auf Maßnahmen wie polizeiliche Schutzzonen, ortspolizeiliche Verordnungen begleitend mit sozialarbeiterischen Hilfestellungen setzen.



Sicherheit und Freiheit sind hohe Güter unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaates. Die überbordenden, freiheitseinschränkenden Coronamaßnahmen sind auch an vielen Linzern nicht spurlos vorbeigegangen. Die Coronajahre haben mich als Staatsbürger, Verfassungsjurist und Politiker nochmals deutlich sensibilisiert. Bei jeder getroffenen Sicherheitsvorkehrung müssen Freiheit und Sicherheit sorgsam abgewogen werden. Eine sichere und freie Stadt braucht so wenig Verbote wie möglich und so viele Regeln wie notwendig.

Sichere Parks sind mir ein besonderes Anliegen. Inmitten unseres dicht verbauten Stadtkerns sollen sie natürliche Erholungsaspekte für alle Linzer – besonders für Familien und Senioren – sein. Stark alkoholisierte Gruppen haben die innerstädtische Parkidylle im Volksgarten durch Ordnungsstörungen beeinträchtigt. Die Stadt hat in einem ressortübergreifenden Projekt gemeinsam mit dem Land Oberösterreich, dem Ordnungsdienst und der Volkshilfe unter anderem durch das Versetzen von Sitzgelegenheiten für mehr Ruhe

sorgen können. Das städtische Alkoholverbot hat die Situation zwar verbessert, aber noch nicht zu einer gänzlichen Entspannung geführt. Besucher und Anrainer beobachten und beklagen immer noch Drogendelikte und dubiose Gestalten. Zusätzlich zum Alkoholverbot und den gestalterischen Maßnahmen brauchen wir daher auch im Volksgarten eine polizeiliche Schutzzone gemäß § 36a Sicherheitspolizeigesetz. Durch eine starke Präsenz kann die Polizei dann Personen, von denen bestimmte Gefahren ausgehen, wegweisen und ihnen das Betreten der Schutzzone verbieten. Damit hätten wir ein noch effizienteres Sicherheitspaket für den Volksgarten. Im Hessenpark hat die Kombination aus Alkoholverbot und Schutzzone eine dauerhafte Beruhigung bewirkt.

Einen solchen Maßnahmenmix benötigt auch das Areal rund um den Linzer Hauptbahnhof. Der Bahnhof ist die größte Verkehrsdrehscheibe in Oberösterreich und soll wieder eine positive Visitenkarte für die Landeshauptstadt werden. Ich möchte gemeinsam mit den ÖBB, der Polizei und weiteren Einrichtungen ein Sicherheitspaket rund um den Hauptbahnhof erarbeiten. Die dort aufhältigen Problemgruppen sind so unterschiedlich, dass wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen brauchen. Enthalten sollen unter anderem Videoüberwachung und eine polizeiliche Schutzzone, ein Alkoholverbot und der Einsatz von Sozialarbeitern sein. Als Vorbild dient das Projekt im Volksgarten.

AUSBAU DER VIDEOÜBERWACHUNG UND BESSERE BELEUCHTUNG

Mein Ziel ist die Erhöhung unserer Sicherheit und der Schutz aller unseren Bürgerinnen und Bürger, nicht die Schaffung eines gläsernen Menschen. Freiheitsrechte und Prävention müssen sorgsam abgewogen werden.

Videoüberwachung ist zweifellos ein effektives Instrument zur Aufklärung von Straftaten und Abschreckung potenzieller Täter. Gerade an neuralgischen Punkten - wie in den Linzer Öffis oder in der Altstadt - bewährt sie sich auch in Linz seit Jahren. Außerdem meiden dubiose Personen kameraüberwachte Flächen. Wo Kameras hängen, wird auch weniger herumgelungert. Deshalb müssen wir weiterhin darauf setzen, Videoüberwachung dort auszubauen, wo sie große Wirkung erzielen kann. Konkret plädiere ich für den Ausbau der Videoüberwachung rund um den Hauptbahnhof. Insbesondere der Bahnhofspark ist regelmäßig Treffpunkt für verschiedene problematische Gruppen. Neben Problemen mit Suchtkranken äußern besorgte Bürger immer wieder den Verdacht,

dass dort Drogengeschäfte abgewickelt werden. Während der Hauptbahnhof im Innenbereich weitgehend videoüberwacht ist, fehlt eine solche Überwachung am Platz vor dem Bahnhof und im Bahnhofspark. Es ist naheliegend, dass sich kriminelle Vorgänge auf dieses Areal verlagern. Daher plädiere ich für eine Erweiterung der Kameras auf den Bahnhofspark und Vorplatz, um den Angstraum Bahnhof zu entschärfen.

Dunkle Gassen und Plätze sind für viele Linzer Angsträume und müssen entschärft werden. Die Beleuchtung gehört im öffentlichen Raum mehr ausgebaut, um das Sicherheitsgefühl zu heben. Ich möchte hier noch stärker auf intelligente, situative Straßenlaternen setzen, die nur dann leuchten, wenn sich dort tatsächlich jemand aufhält. Es muss dank moderner Technologie keine Dauerbeleuchtung installiert sein, sondern wir sollten Straßen und Parks dann erhellen, wenn sie tatsächlich betreten oder befahren werden. Damit können wir die Sicherheit erhöhen und gleichzeitig Lichtverschmutzung reduzieren



MEHR SCHUTZ FÜR FRAUEN

Das Sicherheitsempfinden von Frauen hat in den letzten Jahren durch unzählige Übergriffe und Morde stark gelitten. Die Statistik belegt die überdurchschnittlich hohe Aggressivität insbesondere junger, ausländischer Männer. So stieg die Anzahl der Frauenmorde in Österreich zwischen 2016 und 2023 um ganze 121%. Offizielle Statistiken zu Frauenmorden zwischen 2010 und 2020 liefern eindeutige Zahlen. Sie belegen, dass von den 450 Tatverdächtigen 217 Nicht-Österreicher waren. Mit anderen Worten: Fast jeder zweite Frauenmörder hatte in diesem Zeit-

raum einen Migrationshintergrund. Weitere Faktoren, die zu Frauenmorden beigetragen haben sind auch steigende psychische Belastungen, Vereinsamung und unheilbare Krankheiten. Die Mischung dieser Elemente stellt eine hochgefährliche Bedrohung für Frauen dar, die häufiger als Männer Kriminalität und Gewalt ausgesetzt sind. Es sind daher spezielle Maßnahmen notwendig, um die Sicherheit von Frauen in Linz zu erhöhen. Die Stadt muss sich stärker auf die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen konzentrieren.



Die Fähigkeit, sich selbst verteidigen zu können, gibt Stärke und verbessert das Selbstbewusstsein. Schon seit vielen Jahren bietet das freiheitliche Sicherheitsressort kostenlose Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen an. Die große Nachfrage an den Kursen ist ein Beleg dafür, welchen Stellenwert das Thema Selbstverteidigung bei Frauen mittlerweile

einnimmt. Unser Angebot ist ein wichtiger Schritt hin zu einem höheren Sicherheitsgefühl und ein deutliches Signal dafür, dass die Stadt die realen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen ernst nimmt. Ich werde daher meinen eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und die städtischen Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen weiter ausbauen.

Viele Frauen fühlen sich vor allem in Nachtstunden unsicher und möchten bevorzugt von Taxilenkerinnen heimgebracht werden. Allerdings waren im Jahr 2022 unter 10% der Taxilenker in Linz weiblich. Das führte dazu, dass das „Linzer Taxi 2244“ sein Projekt „Lady Taxi“ einstellen musste. Das Frauenbüro der Stadt Linz sollte daher alle Taxi-Unternehmen - etwa durch finanzielle Anreize - dabei unterstützen, wieder Frauentaxis anbieten zu können.

MASSNAHMENBÜNDEL GEGEN JUGENDKRIMINALITÄT

Kriminelle Karrieren beginnen immer öfter schon in der Jugend. Früher waren eine gute Erziehung und ein gesundes Bewusstsein für Anstand, Ehrlichkeit und Rechtstreue weitestgehend eine Selbstverständlichkeit. Das hat sich mittlerweile leider in unzähligen Fällen geändert. Die Zahl der Gewaltdelikte - begangen durch Jugendliche und sogar Kinder - steigt in Linz seit Jahren ununterbrochen. Auch Diebstähle durch Minderjährige in unserer Stadt nehmen weiter zu. Eine freiheitliche Anfrage im Nationalrat brachte dramatische Fakten zum Vorschein: Die Zahl der Körperverletzungen in Linz begangen durch Jugendliche stieg von 2017 auf 2019 um unglaubliche 121% an. Diebstähle durch Jugendliche stiegen im selben Zeitraum um 111% auf insgesamt 534 Delikte. Die Anzahl der begangenen Raube hat sich von 2018 auf 2019 fast verdreifacht, von 2017 auf 2019 sogar mehr als verfünffacht.

Die Stadt Linz muss in den Schulen, Horten, Jugendzentren und anderen städtischen Einrichtungen mehr Mittel in die Präventionsarbeit gegen Kriminalität, Radikalisierung und psychische Belastung investieren. Es soll in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Integrationsfonds sowie der oberösterreichischen

Bildungsdirektion ein gezieltes Maßnahmenpaket für Kinder und Jugendliche entwickelt werden, damit diese nicht auf die schiefe Bahn geraten.

Bereits jetzt ist grundsätzlich für jede Schulen ein polizeilicher Ansprechpartner definiert. Das allein reicht aber nicht. Speziell geschulte Polizeibeamte sollen Problemschulen regelmäßig aufsuchen und sowohl mit dem Lehrkörper als auch mit den Schülern in Kontakt treten. Dieser Beamte sollte die Schüler auf Fehlverhalten aufmerksam machen und die Lehrer bei der Betreuung von Problemschülern unterstützen. Darüber hinaus kann dieser Schulkontaktbeamte „Rudelbildungen“ frühzeitig erkennen, insbesondere wenn es sich um bedenkliche Zusammenschlüsse handelt.

Angesichts der wachsenden Zahl schwerer Straftaten, die von Kindern und Jugendlichen begangen werden, ist es unerlässlich, über die Senkung der Strafmündigkeit in besonders schweren Fällen zu diskutieren. Derzeit liegt die Strafmündigkeit in Österreich bei 14 Jahren, doch es zeigt sich zunehmend, dass auch jüngere Täter - teils im Alter von 12 oder 13 Jahren - schwere Verbrechen wie Körperverletzungen oder

Raub begehen. In solchen Fällen sollte das Strafrecht überdacht und an die geänderte Realität angepasst werden, um sicherzustellen, dass auch minderjährige Täter, die gravierende Straftaten verüben, zur Verantwortung gezogen werden können. Die partielle Herabsetzung der Strafmündigkeit in schweren und wiederholten Fällen ist eine deutliche Botschaft: Wir tolerieren keine absichtliche schwere Kriminalität, unabhängig vom Alter des Täters. Es würde zudem der Polizei endlich Handlungsmöglichkeiten hin-

sichtlich junger Wiederholungstäter einräumen, die derzeit ganz genau wissen, dass ihnen nichts passieren kann. Gleichzeitig sollte diese Maßnahme durch verstärkte Reha-Programme ergänzt werden, um den Jugendlichen eine Chance zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu bieten.

Letztlich muss aber auch die Verantwortung von Eltern wieder mehr in den Fokus rücken, die ihrer Erziehungs- und Aufsichtspflicht nicht nachkommen.



HARTES DURCHGREIFEN GEGEN DROGENKRIMINALITÄT

Ich trete entschieden für den Schutz unserer Gesellschaft und insbesondere unserer Jugend vor Drogen ein. Ich setze mich daher für eine konsequente Null-Toleranz-Politik punkto Drogenkriminalität ein. Um den Drogenhandel in unserer Stadt einzudämmen, sehe ich die Einrichtung von polizeilichen Schutzzonen rund um Schulen und an neuralgischen öffentlichen Plätzen als wirkungsvolles Instrument für die Polizei. Diese Zonen sollen sicherstellen, dass verdächtige und gefährliche Personen von Orten verwiesen werden, an denen sich unsere Kinder und Jugendlichen aufhalten. Polizeiliche Schutzzonen haben schon in der Vergangenheit im Hessenpark und in der Krepelstraße Wirkung gezeigt und der Polizei mehr Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Zusätzlich soll die Polizei weiterhin verstärkte Polizeikontrollen und wiederholte Schwerpunktaktionen in den bekannten Drogen-Hotspots von Linz durchführen. Nur durch regelmäßige Einsätze wird es gelingen, den Drogenhandel und seine negativen Aus-



wirkungen auf unsere Stadt langfristig zu bekämpfen.

Auch zur Legalisierung der Einstiegsdroge Cannabis habe ich eine klare Meinung: Eine leichtfertige Freigabe würde der Suchtprävention eindeutig entgegenwirken. Aus gutem Grund warnen namhafte Experten immer wieder davor, Cannabis als „leichte“ Droge einzustufen. Cannabis gehört zu den Halluzinogenen und damit kann es psychotisch oder sogar in manchen Fällen schizophren machen. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass wegen der Legalisierung der Schwarzmarkt verschwindet. Das Gegenteil wäre der Fall: Die Cannabis-Preise am Schwarzmarkt würden fallen und Drogen mit immer geringerer Qualität kämen auf den Markt. Das Ganze würde eine Abwärts-spirale bedeuten, weil die Dealer sich dann auf den

Verkauf anderer, noch gefährlicherer Drogen fokussieren. Eine solche Entwicklung war in den Niederlanden zu beobachten und daher gilt es in Linz: Nein zu Drogen!

Ich möchte Linz zu einer Stadt machen, in der sich Familien sicher fühlen und Jugendliche in einer geschützten Umgebung aufwachsen können. Dafür brauchen wir auch eine unnachgiebige Haltung gegenüber Drogendelikten. Ich stehe für eine starke und entschlossene Politik gegen Drogenkriminalität.

VORSORGEN SCHÜTZT VOR SORGEN

Sicherheit beginnt nicht erst bei der Reaktion auf Gefahren, sondern schon viel früher – nämlich bei der Prävention. Wer lernt, auf seine Umgebung zu achten und Warnsignale früh zu erkennen, kann Gefahren vermeiden und sich dadurch besser schützen. Genau dieses Bewusstsein möchte ich bei den Linzerinnen und Linzern weiter stärken. Dafür setze ich auf ein breites Angebot, das für alle kostenfrei zugänglich ist.

Unter dem Motto „Vorsorgen schützt vor Sorgen“ biete ich mit dem Sicherheitsressort bereits jetzt verschiedene Maßnahmen und Veranstaltungen an, die gezielt auf die Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt eingehen. Dazu gehören beispielsweise kostenlose Selbstverteidigungskurse, die speziell für Frauen, Senioren oder Familien angeboten werden. Diese Kurse vermitteln praktische Techniken und Wissen, wie man sich in Gefahrensituationen am besten verhalten kann. Die hohe Nachfrage zeigt, wie wichtig dieses Angebot für die Menschen in Linz ist und bestärkt mich darin, auch künftig solche Angebote auszubauen.

Neben den praktischen Kursen setze ich auf den direkten Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei. Mit der Initiative „GEMEINSAM.SICHER“ schaffen wir eine Plattform, bei der sich die Menschen in einer entspannten Atmosphäre über ihre Sicherheitsanliegen informieren und austauschen können.

Auch das Thema Blackout-Vorsorge ist mir ein wichtiges Anliegen. Gerade in schwierigen Zeiten hat sich gezeigt, dass eine gute Vorbereitung der Schlüssel zur Bewältigung von Krisen ist. Ich habe bereits in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutzverband mehrere Informationsveranstaltungen zum Thema Black-

out-Vorsorge organisiert. Diese Veranstaltungen haben vielen Linzern wertvolle Hinweise und praktische Tipps gegeben, wie sie sich auf einen möglichen längeren Stromausfall vorbereiten können. Auch in Zukunft werde ich solche Angebote fortsetzen und ausbauen, um sicherzustellen, dass unsere Stadt bestens auf solche Szenarien vorbereitet ist. Es ist mir wichtig, dass alle Bürger die nötigen Informationen erhalten, um in Krisensituationen souverän handeln zu können.

Prävention bedeutet für mich nicht nur Schutz vor akuten Gefahren, sondern auch, den Menschen das Wissen und die Werkzeuge zu geben, um selbst aktiv zu werden. Ich werde weiterhin alles daransetzen, dass die Linzer die Möglichkeit haben, sich umfassend und unkompliziert auf Gefahren vorzubereiten. Denn ich bin überzeugt: Mit einer starken Prävention schaffen wir gemeinsam eine sicherere Zukunft für alle.

Das Prinzip Vorsorge gilt auch im Feuerwehrwesen unserer Stadt. Wir müssen unseren Einsatzkräften rechtzeitig alle notwendigen Ressourcen bereitstellen. Unsere Feuerwehr ist ein unverzichtbarer Garant für unsere Sicherheit. In Linz sorgt die Berufsfeuerwehr gemeinsam mit den vier Freiwilligen Feuerwehren Pichling, Ebelsberg, Pöstlingberg und Sankt Magdalena rund um die Uhr für ein sicheres Zuhause. Unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort sichern zusätzlich sieben Betriebsfeuerwehren. Das Mischsystem aus hauptberuflichen und unzähligen ehrenamtlichen Florianijüngern bewährt sich in Linz seit vielen Jahrzehnten. Um den hohen Standard unserer Einsatzkräfte aufrechterhalten und weiterentwickeln zu können, sind sowohl laufende Aus- und Fortbildungen als auch eine ordentliche Ausrüstung

notwendig. Die Stadt Linz muss neben der großen Wertschätzung den Linzer Feuerwehren auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Sicherheit ist oberstes Gebot und eine städtische

Kernaufgabe, das muss künftig noch stärker in den Budgets abgebildet werden. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.

ASYLSTOPP UND KONSEQUENTE ABSCHIEBUNG AUSLÄNDISCHER STRAFTÄTER

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten völlig übernommen. Wir sehen in allen relevanten Lebensbereichen, dass Integration meist nur eine Überschrift bleibt, wir beobachten die Entwicklung von Parallelgesellschaften und ganzer Viertel, in denen es zu einer völligen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung gekommen ist. Über all dem steht eine maßlose Überförderung und finanzielle Belastung, die letztlich auch vom Steuerzahler zu begleichen ist. Daher fordere ich einen sofortigen Asylstopp und einen Plan der politisch verantwortlichen Ebenen zur Reduktion der Belastung der Bevölkerung durch fremde, integrationsunwillige Migranten.

Die Asylpolitik der letzten Jahre – auch in Linz – zeichnet sich durch eine völlige Ignoranz gegenüber der eigenen Bevölkerung aus. Mitten in Wohngebieten wurden Asylquartiere ohne Einbindung der Nachbarschaft errichtet, was zu berechtigten Ängsten geführt hat. Wir dürfen uns nicht wundern, dass eine solche Vorgehensweise zu einer Destabilisierung der Gesellschaft führt.

Messerstechereien in Ebelsberg, Bandenunwesen im Volksgarten, Drogenhandel vor Linzer Schulen, gewaltbereite Tschetschenen-Clans in Auwiesen – all dies sind Folgen der unkontrollierten Zuwanderung in unsere Stadt.

Die Kriminalitätsstatistik spricht eine deutliche, aber ernüchternde Sprache: Obwohl der Anteil der Ausländer in Österreich derzeit bei etwa 20% liegt, machen sie beinahe 50% aller Tatverdächtigen aus. Die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen in Linz betrug im Jahr 2022 5.183 und stieg somit im Vergleich zu 2021 um ganze 724 Personen. Federführend waren dabei Personen aus Afghanistan, dem Irak, der Ukraine, Somalia sowie Staatenlose. Allein im Jahr 2022 wurden in Oberösterreich 1.137 Straftaten von Asylbewerbern begangen. Insgesamt waren 38% aller Tatverdächtigen in Oberösterreich Ausländer, obwohl nur 15,4% der Bevölkerung ausländischer Herkunft sind. Es wäre unverantwortlich, diese Fakten zu ignorieren.

Eine konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter ist eine wesentliche Voraussetzung für ein sicheres Linz. Wer durch kriminelles Verhalten die Sicherheit und den sozialen Frieden in unserer Stadt gefährdet, hat hier keinen Platz. Solche Menschen wollen wir nicht in unserer Gemeinschaft dulden. Es ist daher unerlässlich, dass der Bürgermeister von Linz klar und entschlossen die Abschiebung von ausländischen Straftätern einfordert und sich für eine strikte Umsetzung der geltenden Gesetze einsetzt. Nur so können wir gewährleisten, dass Linz eine Stadt bleibt, in der sich alle Bürger sicher und geschützt fühlen. Kriminelle Zuwanderer haben in unserer Stadt keinen Platz!



**UNSERE WERTE.
UNSERE REGELN.
DAMIT LINZ
HEIMAT BLEIBT.**





„Linz soll durch eine neue Integrationsstrategie wieder ein Zuhause werden, in der österreichische Werte, die deutsche Sprache und die Interessen der einheimischen Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. Zuwanderung muss streng kontrolliert werden und Sozialleistungen dürfen nur für jene zugänglich sein, die sich aktiv um Integration bemühen und die Regeln der Stadt respektieren.“

MEIN INTEGRATIONSPLAN FÜR LINZ:

- » Neue Integrationsstrategie für Linz.
- » Integration als Bringschuld.
- » Deutsch als gemeinsame Sprache.
- » Gelungene Integration als Voraussetzung für Sozialleistungen.
- » Spürbare Konsequenzen für Integrationsverweigerer.
- » Kein Platz für radikalen Islam.

NEUE INTEGRATIONS-STRATEGIE FÜR LINZ

Der ununterbrochene Zuzug aus dem Ausland verändert auch die demografische Landschaft in Linz. Insbesondere Zuwanderer aus nicht-europäischen Ländern bringen oft Einstellungen mit, die mit unseren Werten und Lebensvorstellungen nicht zu vereinbaren sind. Es ist daher notwendig, diesen Personen von Anfang an unsere Werte und unser Demokratieverständnis zu vermitteln.

Die Stadt Linz gibt jedes Jahr hunderttausende Euro für ein Integrationsbüro aus. Dort werden reale Integrationsprobleme allerdings konsequent ausgeblendet, dafür wird Vielfalt gefeiert. So kann unsere Stadt reale Integrationsdefizite nicht lösen.

Eine neue Integrationsstrategie für Linz soll verstärkte Maßnahmen zur Verdeutlichung unserer Gesetze und Werte sowie ein klares Aufzeigen von Konsequenzen beinhalten. Zudem soll sie eine engere Zusammenarbeit zwischen städtischen Behörden, Polizei und Integrationsinitiativen vorsehen. Ich werde weiterhin für eine starke und nachhaltige Integrationspolitik kämpfen, die die Interessen der einheimischen Bevölkerung und die Stabilität unserer Heimatstadt in den Mittelpunkt stellt. Es ist höchste

Zeit, dass im Integrationsbereich endlich zielführend und zukunftsorientiert gehandelt wird.

Die neue Integrationsstrategie muss sich auf einfache Regeln fokussieren: Fachkräfte, die rechtmäßig in unsere Stadt kommen, sind bei uns willkommen und finden in Linz großartige Chancen. Illegale Zuwanderer und Fremde, die sich weder an unsere Regeln halten noch einen wirtschaftlichen und sozialen Beitrag für unsere Stadt leisten, haben in Linz keinen Platz.



INTEGRATION ALS BRINGSCHULD

In den vergangenen Jahren hat die SPÖ einen starken Fokus auf das demografische Wachstum gelegt, das hauptsächlich durch Zuwanderung aus dem Ausland angetrieben wurde. Diese Politik führt tagtäglich zu spürbaren Konsequenzen. Während die einheimische Bevölkerung immer öfter der Stadt Linz den Rücken kehrt und in die Umlandgemeinden zieht, ziehen nach Linz fast ausschließlich ausländische Familien. Über 30% der Linzer Bevölkerung haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Wie drastisch sich die Demografie in Linz verändert hat, zeigen am besten Beispiele aus Linzer Schulen, in denen der Anteil der nicht-deutschsprachigen Schüler oft weit über 80% liegt. Ähnlich sieht es auch in städtischen Einrichtungen wie Kindergärten und Krabbelstuben aus.

Vor 2015 kamen die Zugewanderten meist noch aus europäischen Ländern. Heute stammen diese oft aus Syrien, Afghanistan und anderen afrikanischen und arabischen Ländern. Der Anteil der Syrer in Linz ist in den letzten fünf Jahren um ganze 88,9% auf 3.435 Personen gewachsen und der Anteil der Afghanen um 73,8% auf 3.223 Personen. Im Vergleich dazu wuchs in derselben Zeit der Anteil der deutschen Bürger in Linz, die aufgrund der EU-Mitgliedschaft ihres Landes freien Zugang zu unserem Arbeitsmarkt und Reisefreiheit genießen, nur um 17,7%. Gleichzeitig sank der Anteil der Österreicher in Linz um ganze 5,4% und dieser Trend wird sich traurigerweise fortsetzen, sofern nicht dringend konkrete Maßnahmen unternommen werden, um die unkontrollierte Zuwanderung nach Linz zu mindern.

Demografisches Wachstum ist für eine Stadt von Bedeutung, aber nicht um jeden Preis und vor allem nicht unkontrolliert. Die Migration, die wir seit vielen Jahren bewältigen müssen, bringt zu oft Weltanschauungen mit sich, die mit unseren wenig gemein haben. Unfreiheit, Gewalt und ein Menschenbild, welches Frauen entmündigt und religiösem Extremismus Tür und Tor öffnet, müssen wir entschieden bekämpfen. Daher muss die Zuwanderung streng kontrolliert

und durch konsequente Sozial- und Sicherheitsmaßnahmen begleitet werden. Die Linzer wollen keine Integrationsverweigerer und Extremisten. Der Wille zur Integration muss speziell für Migranten aus anderen Kulturkreisen eine Grundvoraussetzung sein, um in unserer Heimat leben zu dürfen. Wer sich damit nicht identifizieren kann, für den darf hier kein Platz sein, denn Integration ist eine Bringschuld.



DEUTSCH ALS GEMEINSAME SPRACHE

In Linz spricht man Deutsch. Die Verdrängung der deutschen Sprache aus dem Alltag vieler Menschen schwächt den Zusammenhalt. Im Kindergarten, in der Schule, im Wohnumfeld und in Unternehmen werden zunehmend mangelhafte Deutschkenntnisse bei Migranten beklagt. Fehlende Deutschkenntnisse bedeuten für einen Zuwanderer oft Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlte Jobs und eine gesellschaftliche Isolation, die weder ihm noch seiner Umgebung zuträglich ist.

Die Ignoranz gegenüber den sprachlichen Defiziten ganzer Bevölkerungsschichten ist nicht nur fahrlässig, sondern zutiefst unfair gegenüber jenen Migranten, die erhebliche Anstrengungen in den Erwerb guter Deutschkenntnisse investiert haben. Ich habe nichts gegen die Würdigung der Mehrsprachigkeit, aber Deutsch ist die Grundvoraussetzung, um sich erfolgreich in die österreichische Gesellschaft zu in-

tegrieren und in dieser auch nachhaltig Fuß zu fassen.

Nur mit einer gemeinsamen und für alle verständliche Sprache können das gesellschaftliche Leben und ein gutes Miteinander in Linz funktionieren. Um das zu erreichen, muss Deutsch schon von Anfang an zur alltäglichen Sprache werden.

Oftmals gibt es unter Jugendlichen Konflikte, Gruppenbildungen und Ausgrenzungen mangels funktionierender Kommunikation. Leidtragende dieser falschen Bildungs- und Integrationspolitik sind die einheimischen Schüler, das völlig überlastete Lehrpersonal und auch die Eltern, die zunehmend verzweifeln. Gleichzeitig leiden die schulischen Leistungen aller Betroffenen unter den Verständigungsproblemen. In vielen Linzer Pflichtschulen haben bereits über 80% oder sogar 90% der Schüler eine andere Muttersprache.

So weisen schon vier Linzer Schulen einen Anteil mit weit über 90% von Schülern mit nicht deutscher Muttersprache auf:

Otto-Glöckel-Mittelschule Linz:	99,31%
Otto-Glöckel-Volksschule Linz:	96,85%
Volksschule Goetheschule Linz:	95,19%
Löwenfeld Mittelschule Linz:	93,63%

Echte Integration ist nur mit der gemeinsamen Sprache Deutsch möglich. Gerade in einer Stadt mit einem derart hohen Anteil an Menschen mit fremd-

ländischer Muttersprache, ist es für ein friedliches Zusammenleben unerlässlich, dass alle eine gemeinsame Sprache möglichst gut beherrschen - und diese Sprache kann in Linz nur Deutsch sein.

Städtische sprachliche Integrationsmaßnahmen müssen sich auf die deutsche Sprache konzentrieren und nicht auf Vielfalt und Mehrsprachigkeit. Die Stadt Linz muss daher die Sprachförderung für die schulische Nachmittagsbetreuung ausdehnen und es muss die Deutschpflicht auf Schulhöfen und in Jugendzentren durchgesetzt werden. Dies wäre besonders wichtig für Kinder und Jugendliche, um drohenden Parallelgesellschaften frühzeitig entgegenwirken.



GELUNGENE INTEGRATION ALS VORAUSSETZUNG FÜR SOZIALLEISTUNGEN

Obwohl seitens anderer politischer Parteien oft zu hören ist, dass die Stadt Linz keine Handhabe im Bereich der Zuwanderung und Integration hat, gibt es durchaus verschiedene Lenkungsmöglichkeiten. Die SPÖ, die seit Jahrzehnten die Stadt Linz dominiert, hat eine blinde Willkommenskultur entwickelt. Das bedeutet nichts anderes, als dass jeder, der seinen Fuß nach Linz setzt, vom ersten Tag an alle städtischen Sozialleistungen erhält, ohne einen einzigen Cent in unser Sozialsystem eingezahlt zu haben. Das ist nicht nur eine enorme Belastung für unser Finanzen, sondern auch sozial ungerecht und absolut unfair gegenüber jenen Linzern, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet und unsere Stadt mitaufgebaut haben.

Insbesondere Frauen aus bestimmten Herkunftsländern scheinen wenig bis gar nicht an unserem Arbeitsmarkt teilzunehmen und haben dadurch nur wenig Kontakt mit der österreichischen Gesellschaft.

Laut einer Studie des Integrationsministeriums gehen beispielsweise lediglich 3% der Tschetscheninnen, die sich seit 2016 in Österreich aufhalten, einer Arbeit nach. Frauen sind aber besonders wichtige Multiplikatoren für eine erfolgreiche Integration der gesamten Familie. Das Integrationsbüro muss den klaren Auftrag erhalten, diese Gruppe besser in allen Alltagsbelangen zu integrieren und somit Parallelwelten zu vermeiden.

Die Stadt Linz muss von der aktuell geltenden Willkommens- zu einer Integrations- und Leistungskultur übergehen. Städtische Sozialleistungen, wie zum Beispiel der Aktivpass, müssen neben Basisbedingungen wie Deutschkenntnissen und einem 5-jährigen Aufenthalt auch an Integrationsleistungen der Zugewanderten geknüpft werden. Eltern, die an Elternabenden in den Schulen oder Kindergärten nicht teilnehmen sowie ihre Kinder verhüllt in die Schule schicken oder diese nicht an Schulausflügen teilneh-

men lassen, dürfen keine Leistungen aus der städtischen Hand erhalten. Gerade in diesem Bereich der Jugend- und Kinderarbeit muss die Stadt stärker mit anderen Einrichtungen kooperieren, um die Integrationsverweigerer und -verhinderer herauszufiltern.

Unsere Stadt soll wieder einen gemeinsamen Wertekonsens bekommen, der Linz als moderne, leistungsorientierte und dem demokratischen Rechtsstaat verpflichtete Stadt positioniert. Wir unterstützen alle,

die Teil unserer leistungsorientierten Gemeinschaft werden möchten, unsere Freiheiten und Werte schätzen und sich aktiv am Arbeitsmarkt einbringen. Jene Personen, die diese Freiheiten missbrauchen, den gemeinsamen Wertekonsens nicht mittragen und nach Linz kommen, um unsere Sozialleistungen zu genießen und auf Kosten anderer zu leben, müssen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Sozialleistungen der Stadt Linz entzogen werden. Integrationsverweigerung darf nicht auch noch gefördert werden.

SPÜRBARE KONSEQUENZEN FÜR INTEGRATIONSVERWEIGERER

Österreich braucht klare und strenge Zuwanderungskriterien. Wir dürfen – wie viele andere Länder weltweit – nur diejenigen Zuwanderer ins Land lassen, die unser Arbeitsmarkt tatsächlich braucht.

Wer nach Österreich kommt, muss bereit sein, unsere Werte und Regeln zu akzeptieren und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Integration ist keine Einbahnstraße. Wer Integration verweigert oder

gar kriminell wird, muss die Konsequenzen tragen. Besonders nach den Halloween-Ausschreitungen 2022 ist klar: Es reicht nicht, nur über Integration zu reden – wir müssen auch handeln. Wer unser Angebot ablehnt oder unsere Gesellschaft gefährdet, verliert sein Recht auf Aufenthalt in Österreich. Abschiebungen müssen in solchen Fällen konsequent durchgeführt werden.

KEIN PLATZ FÜR RADIKALEN ISLAM

Regelmäßig sind wir in Europa und mittlerweile auch in Österreich mit den Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung konfrontiert. Denken wir nur an die islamistisch motivierte Terrorattacke in Wien oder an die Absage der Taylor-Swift-Konzerte wegen einem geplanten Terroranschlag. Solche Schlagzeilen sind leider inzwischen zu einer „neuen Normalität“ geworden.

Auch in Linz haben sich radikal-islamistische Gruppierungen niederlassen. Extremistische und demokratiefeindliche Gruppierungen wie die Grauen Wölfe, ATIB oder die kurdische PKK sind in Linz aktiv und verbreiten ein Gedankengut, das mit unseren Werten und unserem Demokratieverständnis nicht zu vereinbaren ist. Hinzu kommen zahlreiche Hinterhofmoscheen, die abseits jeglicher Kontrolle existieren.

Der außerschulische Islamunterricht in den Moschee-Schulen findet häufig nicht auf Deutsch statt

und entzieht sich völlig der staatlichen Kontrolle. Die Wahrheit ist: Wir haben überhaupt keine Ahnung, welche Botschaften dort in die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hineingepflanzt werden. Die Stadt muss unverzüglich eine eigene umfassende Studie in Auftrag geben, die die Situation in allen Moscheen der Stadt untersucht. Ziel dieser Studie muss sein, Transparenz zu schaffen und potenzielle Radikalisierungsherde frühzeitig zu erkennen. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat oberste Priorität. Wir müssen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken.



**LEISTBARES WOHNEN.
LEBENSWERTE
UMFELD.
SICHERES ZUHAUSE.**





„Die Sicherstellung von leistbarem Wohnen ist ein grundlegendes Ziel, um die Lebensqualität in Linz zu steigern und allen Bevölkerungsgruppen gerechte Wohnmöglichkeiten zu bieten. Dabei müssen Wohnräume geschützte Bereiche sein, in denen Ordnung, Sicherheit und ein gutes Miteinander den Alltag der Menschen bestimmen.“

MEIN PLAN FÜR LEISTBARES UND LEBENSWERTES WOHNEN FÜR LINZ:

- » „Linzer Hausordnung“ für mehr Lebensqualität.
- » Maßgeschneiderte Angebote für Linzer Familien und Jugendliche.
- » Gerechte Vergabe von geförderten Wohnungen.
- » Leistbare Betriebs- und Lebenshaltungskosten.
- » Begrünung mit Hausverstand.
- » Gesundes und sicheres Wohnumfeld.

„LINZER HAUSORDNUNG“ FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

Seit dem Jahr 2022 gibt es in der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs Wels unter einem freiheitlichen Bürgermeister eine eigene Hausordnung für ein geordnetes Zusammenleben. Daran soll sich Linz ein Beispiel nehmen.

Insgesamt leben in Linz inzwischen 154 Nationalitäten, die über 100 verschiedene Sprachen sprechen. Unsere heimische Kultur, unsere Werte und unsere Geschichte treffen somit auf viele unterschiedliche fremde Einflüsse.

Für ein funktionierendes Zusammenleben der Linzer Bevölkerung ist es deshalb notwendig, die Einhaltung von bestimmten Grundregeln einzufordern. Die „Linzer Hausordnung“ soll ein allgemein anerkanntes Regelwerk werden.

Die „Linzer Hausordnung“ soll jedenfalls folgende Punkte enthalten:

1. Gemeinsame Sprache Deutsch.
2. Respekt vor heimischen Werten, Traditionen und unserer Landeskultur.
3. Keine Vermüllung des öffentlichen Raums.
4. Vermeidung von Lärmbelästigung .
5. Rücksichtnahme und Freundlichkeit gegenüber älteren Generationen.

Die „Linzer Hausordnung“ soll nicht nur eine symbolische Geste sein, sondern klare Konsequenzen bei Nichteinhaltung vorsehen. Verstöße gegen diese Grundregeln des Zusammenlebens müssen spürbare Folgen haben, um ihre Bedeutung zu unterstreichen. Wer wiederholt gegen die Regeln verstößt, muss mit Sanktionen rechnen – von Verwarnungen bis hin zu finanziellen Strafen oder dem Entzug städtischer Leistungen. In besonders schwerwiegenden Fällen, wie bei massiven Störungen oder dauerhaften Regelverstößen, könnte sogar der Entzug der Wohnung eine mögliche Konsequenz sein.

Die „Linzer Hausordnung“ soll ein Zeichen dafür setzen, dass geordnete Verhältnisse und ein respektvoller Umgang miteinander die Grundlage für ein friedliches und lebenswertes Zusammenleben sind. Nur durch klare Regeln und deren konsequente Durchsetzung kann Linz eine Stadt bleiben, in der sich alle Generationen sicher und wohl fühlen.



MASSGESCHNEIDERTE ANGBOTE FÜR LINZER FAMILIEN UND JUGENDLICHE

Eine Stadt wie Linz muss den Bedürfnissen ihrer Bürger gerecht werden – insbesondere jenen von Familien und Jugendlichen, die maßgeblich zur Zukunft und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt beitragen. Dazu gehört vor allem die Schaffung von leistbarem, erstem Wohnraum für junge Linzerinnen und Linzer. Die Hürden beim Einstieg in den Wohnungsmarkt sind in den letzten Jahren stark gestiegen, sodass es immer schwieriger wird, eine leistbare und gut gelegene Wohnung zu finden.

Ich fordere daher spezielle Wohnbauprojekte, die junge Menschen und Familien gezielt unterstützen. Hierzu soll noch öfter das Förderangebot des Landes OÖ „Junges Wohnen“ genutzt werden, mit Hilfe dessen maßgeschneiderte Projekte mit besonders niedrigen Mieten entstehen können. Außerdem sollen die Fördermöglichkeiten des Landes bestmöglich genutzt werden. Dazu zählt insbesondere, dass die Genossenschaften verstärkt die Einhaltung der Voraussetzungen kontrollieren – insbesondere die der ausreichenden Deutschkenntnisse.

GERECHTE VERGABE VON GEFÖRDERTEN WOHNUNGEN

Eine gerechte Vergabe von geförderten Wohnungen braucht auch die Möglichkeit von Sanktionen für Bewohner, die sich regelmäßig störend verhalten. So soll ein fairerer Umgang innerhalb der Wohnanlagen erreicht und das Zusammenleben für alle Beteiligten harmonischer gestaltet werden. Verstöße gegen die „Linzer Hausordnung“ oder wiederholte Beschwerden über das Verhalten sollten in die Vergabepaxis mit einbezogen werden, um die Lebensqualität in den Wohnanlagen zu erhöhen.

Zu einer gerechten Vergabe von gefördertem Wohnraum gehört auch die konsequente Überprüfung jener Voraussetzungen, die in Oberösterreich dank Wohnbaureferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner festgelegt sind: Dazu zählen unter anderem gute Deutschkenntnisse sowie ein mindestens fünf Jahre

Darüber hinaus müssen auch die städtische Infrastruktur und das Wohnumfeld auf die Bedürfnisse von Familien abgestimmt sein. Dazu zählen ausreichend Nahversorger, damit alltägliche Besorgungen ohne lange Wege erledigt werden können, aber auch genügend Parkmöglichkeiten in Wohngebieten, um die Mobilität zu gewährleisten. Leider wurden in den letzten Jahren viele Parkplätze durch unbedachte Begrünungsmaßnahmen gestrichen – eine Entwicklung, die ich nicht unterstütze, da sie die Alltagstauglichkeit in vielen Vierteln beeinträchtigt.

Familien brauchen auch genügend Freiflächen für Kinder, sichere Spielplätze und eine verkehrsberuhigte Umgebung. Deshalb setze ich mich für eine ausgewogene Stadtplanung ein, die sowohl genügend Grünflächen als auch die praktische Lebensrealität der Menschen berücksichtigt.



durchgehender Hauptwohnsitz in Österreich. Dass diese Maßnahme eine richtige und wichtige ist, wurde beim Vollzug des geltenden OÖ. Wohnbauförderungsgesetzes offenbar. Dabei wurden nämlich gravierende Integrationsversäumnisse festgestellt. So haben beispielsweise seit Inkrafttreten dieser Regelung in den Jahren 2018 und 2019 mehr als tausend Förderwerber um Ausnahme von den Integrationserfordernissen ersucht, da sie trotz teilweise jahrzehntelangen Aufenthalts in Österreich die Mindestanforderungen an die sprachliche oder berufliche Integration nicht erbringen konnten. Dies widerspricht jedem Anspruch an Integration, der für eine Teilhabe an einer modernen Arbeitswelt notwendig wäre. Viele Linzer haben dennoch den Eindruck, dass Fremde mit schlechten oder überhaupt keinen Deutschkenntnissen trotzdem geförderte Wohnungen bekommen. Daher plä-

diere ich für strengere Kontrollen der geforderten Integrationsleistungen.

Darüber hinaus sollen Wohnungsgenossenschaften Höchstgrenzen für Drittstaatsangehörige festlegen. Integration funktioniert nur dann, wenn es eine ausgewogene Verteilung innerhalb der Wohngebiete gibt und der Anteil von Drittstaatsangehörigen nicht überbordend ist. Durch die Einführung von Quoten soll sichergestellt werden, dass die Integration besser gelingt und soziale Spannungen aufgrund man-

gelnder Integration vermieden werden. Es ist wichtig, dass keine Ballungszentren von Zuwanderergruppen entstehen, durch die Parallelstrukturen unausweichlich sind. Dies würde das soziale Zusammenleben in den Wohnanlagen verbessern und die Integration gezielt fördern. Durch die enge Kooperation mit den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften sowie die Einführung von Quoten für Drittstaatsangehörige könnte Linz eine bessere Steuerung und Kontrolle über den Wohnungsmarkt erlangen und somit die Lebensqualität für alle Bewohner erhöhen.

LEISTBARE BETRIEBS- UND LEBENSHALTUNGSKOSTEN



ohne die städtische Infrastruktur zu überlasten.

Die größten Preistreiber beim Wohnen sind die Betriebs- und Lebenshaltungskosten. Auf den ersten Blick mag man meinen, die Stadt Linz hätte hier keinen Einfluss. Allerdings ist die Linz AG als großer Versorger im städtischen Eigentum sehr wohl verantwortlich dafür, leistbare Energiepreise am Linzer Markt sicherzustellen.

Besonders seit den multiplen Krisen der vergangenen Jahre sind die Lebenshaltungskosten in die Höhe geschossen. Wohnen wird vor allem durch die Zinspolitik der EU, die Inflation und die hohen Energiepreise aufgrund einer ideologiegetriebenen CO₂-Bepreisung immer teurer.

Die durchschnittliche Nettomiete (ohne Betriebskosten) pro Quadratmeter lag in Linz im Jahr 2023 bei 6,50 Euro. Auch hier wird der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Deshalb ist es notwendig, geförderten Wohnraum mit Maß und Ziel auszubauen,

Als Mitglied des Aufsichtsrates werde ich auch künftig besonders darauf achten, dass unser städtischer Energieversorger so günstige Preise wie möglich gewährleistet. Insbesondere darf die Linz AG keine Übergewinne auf Kosten der Linzer erzielen. Ich setze mich für ein Bekenntnis der Linzer Stadtpolitik zu objektiv realistischen Klimazielen ein. Nur so wird es gelingen, die Kosten für die Linzer Endverbraucher vergleichsweise gering zu halten. Andernfalls werden auch in diesem Bereich die Kosten weiter in die Höhe schnellen.

BEGRÜNUNG MIT HAUSVERSTAND

Begrünungen im städtischen Wohnumfeld sind grundsätzlich positiv und tragen wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität und des Linzer Stadtbildes bei. Bäume, Grünflächen und Parks sorgen nicht nur für frische Luft, sondern bieten auch Erholungsräume für die Linzer Bevölkerung. Doch bei der Umsetzung solcher Begrünungsmaßnahmen ist es wichtig, mit Augenmaß und Hausverstand vorzugehen.

Eine durchdachte Begrünung sollte die Bedürfnisse aller Anrainer im Blick haben. Gerade in jüngerer Vergangenheit wurden mit der Unterstützung aller anderen Stadtparteien dringend benötigte Parkplätze gestrichen, nur um kleine Bäumchen zu pflanzen – und das mit mehreren Millionen Euro Steuergeld.

Dies führte verständlicherweise zu großem Unmut bei den Anrainern, die auf Parkmöglichkeiten angewiesen sind. Anstatt Wohnkomfort zu schaffen, bewirken solche Maßnahmen oft das Gegenteil. Es darf nicht sein, dass Begrünungsprojekte die alltäglichen Bedürfnisse der Linzer, wie etwa ausreichend Parkplätze, vernachlässigen.

Darüber hinaus sollten Bäume oder Hecken nicht unnötig Schatten auf Balkone oder Wohnräume werfen oder die Sicht behindern, was vor allem in dicht besiedelten Gebieten zu Problemen führt. Auch dürfen Grünflächen nicht zu zusätzlichen Lärm- oder Verschmutzungsquellen werden, indem sie unkontrolliert als Partyzonen oder Müllplätze genutzt werden.

Bei der Planung neuer Projekte müssen daher alle betroffenen Interessen berücksichtigt werden – Anrainer, Verkehr, Sicherheit und das städtische Klima. Begrünungen sollen das Leben erleichtern und nicht erschweren. Ein gesundes Gleichgewicht zwischen ökologischen Vorteilen und dem Wohlbefinden der Bewohner muss stets das oberste Ziel sein. Mir ist es wichtig, dass Nachhaltigkeit und Lebensqualität Hand in Hand gehen, ohne dass eine einseitige Ideologie die Stadtplanung dominiert.

Ich setze mich daher für sinnvolle und nachhaltige Begrünungsprojekte ein, die sowohl das Stadtbild aufwerten als auch die Lebensqualität der Linzer Bevölkerung verbessern – ohne übertriebene Maßnahmen, die letztlich zu mehr Problemen im täglichen Leben führen.



GESUNDES UND SICHERES WOHNUMFELD

Ein sicheres und lebenswertes Wohnumfeld ist für die Lebensqualität der Linzerinnen und Linzer unerlässlich. Leider haben sich in den letzten Jahren Probleme wie ausländische Drogendealer und die allgemeine Migrationsproblematik deutlich verschärft, was zu Unsicherheiten in vielen Stadtteilen führt. Eine verfehlte Zuwanderungspolitik hat dazu beigetragen, dass sich kriminelle Strukturen in gewissen Bereichen verfestigt haben.

Ein notwendiger Schritt ist die Einführung polizeilicher Schutzzonen in besonders belasteten Gebieten. Hier sind unter anderem der Volksgarten und der Linzer Hauptbahnhof zu nennen. Dadurch kann die Polizei gezielt gegen kriminelle Aktivitäten wie Drogenhandel und Gewalt vorgehen und für mehr Präsenz sorgen. Darüber hinaus müssen sogenannte Angsträume – wie schlecht beleuchtete Parks, dunkle Gassen und verlassenere Gegenden – entschärft werden. Hier setze ich mich für eine intelligente und sinnvolle Beleuchtung ein, die nur dann in voller

Stärke Licht abgibt, wenn sich tatsächlich jemand in der Nähe aufhält. Das sorgt für mehr Sicherheit und gleichzeitig für eine effiziente Energienutzung.

Auch der akute Ärztemangel, der vor allem durch die Überlastung des Gesundheitssystems aufgrund falscher Zuwanderungspolitik verschärft wurde, muss angegangen werden. Ein starkes Gesundheitssystem mit einer ausreichenden Zahl an Ärzten ist die Basis für ein gesundes Wohnumfeld. Hier sind gezielte Förderungen und Anreize nötig, um mehr medizinisches Personal nach Linz zu holen und die Versorgungssituation zu verbessern.

Nur durch eine Kombination aus einer strikten Migrationspolitik, konsequenten Sicherheitsmaßnahmen und einer intelligenten Stadtplanung kann ein gesundes und sicheres Wohnumfeld geschaffen werden, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen und sicher leben können.



**KINDER SCHÜTZEN.
FAMILIEN FÖRDERN.
ZUKUNFT SICHERN.**





„Unsere Familien sind der wichtigste Grundbaustein für eine sichere Zukunft und tragen entscheidend für die soziale Stabilität in Linz bei. Gleichzeitig ist die Familie gefährdet wie nie zuvor in unserer Geschichte. Wir müssen die Familie wieder ins Zentrum unserer gesellschaftspolitischen Anstrengungen stellen.“

MEIN FAMILIENPLAN FÜR LINZ:

- » Familien haben ein Recht auf Förderung und Unterstützung.
- » Die Lebenswelten unserer Familien kennen und beschützen.
- » Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote & konkrete Entlastungsangebote.
- » Sichere Spielplätze.
- » Städtische Beratungsangebot für Jungfamilien ausbauen.
- » Sicherstellung von Wohnraum für Familien.

FAMILIEN HABEN EIN RECHT AUF FÖRDERUNG UND UNTERSTÜTZUNG

Die Familie ist ein hohes Gut. Sie ist Grundbaustein und Kern unserer Gesellschaft. Mit der Familie steht und fällt die gesunde soziale und gesellschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Stadt. In der Familie wird der Grundstein gelegt, welche Werte, Visionen und welches Weltbild die Gesellschaft von morgen bestimmen werden. Auch wenn wir nicht alle dasselbe Bild von Familie haben müssen, brauchen wir doch einen Konsens darüber, wie wir sie definieren und welche Grundlagen für gesunde Familien es zu schützen gilt.

Gerade im Kontext der Familie ist derzeit eine zunehmende Orientierungslosigkeit zu erkennen, von der insbesondere die jüngere Generation betroffen ist und die es ihr immer schwieriger macht, ein Bild von sich selbst und seiner persönlichen Zukunft innerhalb einer eigenen Familie zu gewinnen. Neben konkreter und unmittelbarer materieller Förderung, mit der wir die Gründung einer Familie erleichtern möchten, liegt hier ein wichtiger Hebel unserer freiheitlichen Familienpolitik: Der Entwertung des tradierten und normalen Familienbildes insbesondere durch linke, ideologische verirrte Randgruppen muss Einhalt geboten werden. Mit dem allergrößten Respekt vor der Aufgabe und der Leistung alleinerziehender Elternteile – insbesondere Frauen – halte ich daran fest, dass eine österreichische Familie aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Es geht nicht darum, andere Formen des Zusammenlebens zu diskreditieren, aber sehr wohl darum, den Wert der Familien zu verteidigen und ihr den Stellenwert in der Gesellschaft zu geben, der ihr zusteht.

Die Stadt Linz hat sich in den letzten Jahren immer mehr auf die Förderung von gesellschaftspolitisch fragwürdigen Ideen festgefahren. Der übertriebene Reigen um den Pride-Month zeigt, wie wichtig eine Verschiebung der Stellenwerte in unserer Stadt wäre: Während Teuerungen und Inflation viele Linzer Fami-

lien vor teils existenzielle Herausforderungen stellt, fokussiert sich die Stadt auf die Randgruppe der Teilnehmer der Pride-Aktivitäten. Die Stadt Linz eröffnete erst vor kurzem mit beträchtlichem finanziellen Aufwand ein LGBTIQ*-, „Kompetenzzentrum“. Moderne Formate für Familien oder Menschen, die eine Familie gründen wollen, sucht man hingegen vergeblich. Mit viel Geld vor allem auch aus dem Kunstbudget werden teilweise absurde und ins Obszöne abgleitende Aktionen massiv gefördert, die geeignet sind, insbesondere junge Menschen zu verstören und zu verunsichern. Mit mir als Bürgermeister wird es in Zukunft auch nur weiße Zebrastrifen geben – für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Denn: Die Einfärbung von Schutzwegen - egal aus welchem Grund - ist und bleibt ein Verkehrsrisiko.



Es ist ein Gebot der Stunde, dass die Stadt wieder die Familie ins Zentrum ihrer Gesellschaftspolitik- und Familienpolitik stellt. Dabei spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wesentliche Rolle. Dazu gehören Hilfestellungen in Form von finanziellen Förderungen und Unterstützungen für Familien, aber auch die Unterstützung familienfreundlicher Organisationen. Familien dürfen nicht zu Bittstellern und Fürsorgefällen degradiert werden. Sie erfüllen eine nicht zu unterschätzende Aufgabe für unsere Gesellschaft und die Absicherung unserer Zukunft.

Die Linzer Familien verdienen ein Leitbild, in dem sich die Stadt klar zu einer starken Familienförderung bekennt. Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die seit Jahrtausenden funktionierende natürliche Keimzelle und Klammer für eine zukunftsfitte Gesellschaft. Familie soll ein Ort sein, wo Kinder behütet aufwachsen können und gut auf das Leben vorbereitet werden. Kultur, Werte und Traditionen in der Familie müssen bewahrt und auch gelebt werden, zum Schutz unserer zukünftigen Generationen.

DIE LEBENSWELTEN UNSERER FAMILIEN KENNEN UND BESCHÜTZEN

Um Familien sinnvoll unterstützen zu können, ist es zunächst erforderlich, ihre Lebenswelten zu kennen. Das beginnt bei den Wohnverhältnissen und geht über ein attraktives Freizeitangebot und geschützte Räume für Spiel und Sport bis hin zu Kindergärten und Schulen, in denen eine gesunde Entwicklung und ein stabiles Heranwachsen möglich sind. Egal, wo in unserer Stadt sich Familien befinden, sie sollen das Gefühl haben, auf sicherem Boden zu leben. Familien- und Kinderarmut stellen eine zunehmende Bedrohung dar, hier sind Gesellschaft und Politik massiv gefordert. Die Entscheidung für eine Familie darf nicht den Schritt in die Armutsfalle bedeuten.

Im Bereich des Bildungssystems sehe ich die Notwendigkeit, dass Kindern in Kindergärten und Bildungseinrichtungen österreichische Werte und Tra-

ditionen vermittelt werden. Eine zentrale Forderung der FPÖ ist schon lange die Deutschpflicht in Kindergärten und Schulen, um sicherzustellen, dass Kinder von Anfang an in die Gesellschaft integriert werden und eine gemeinsame Sprachbasis entwickeln. Bildungseinrichtungen sollen auch Orte sein, an denen das traditionelle Familienbild und die Rolle der Familie als zentrale Einheit der Gesellschaft gefördert werden.



VERBESSERUNG DER KINDERBETREUUNGSANGEBOTE & KONKRETE ENTLASTUNGSANGEBOTE

Gerade mit der zunehmenden Verdichtung des Wohnraumes in den letzten Jahren wurde in den schnell wachsenden Stadtteilen der notwendige Ausbau der Infrastruktur nur unzureichend mitgedacht. Das trifft auch auf Kinderbetreuungsangebote in den kinderstarken Stadtteilen zu. Das wohnortnahe Betreuungsangebot ist ein Schlüssel zur Entlastung von Familien mit kleinen Kindern, wobei es nicht nur um

die Infrastruktur geht. Es ist auch darauf zu achten, dass in unseren Einrichtungen auf eine gute Durchmischung Bedacht genommen wird, dass sich Kinder dort auch zuhause fühlen können, was durch qualifiziertes Personal und die deutsche Sprache sichergestellt wird. Kulturfremde Traditionen und Gepflogenheiten haben hier hingegen nichts verloren. Ich trete dafür ein, dass entsprechende Angebote in der künftigen Stadtplanung und -entwicklung mitberücksichtigt werden. Ich will ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot in allen Stadtteilen sichern.



Darüber hinaus lastet der finanzielle Druck nicht nur wegen der Teuerungswelle der vergangenen Jahre schwer auf den Schultern der Linzer Familien. Ich trete für einen „Kindergarten-Freifahrtausweis“ ein, der nicht nur Kindern, sondern auch deren Begleitpersonen die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vom Wohnort zu den Kinderbetreuungseinrichtungen er-

möglichst. Neben der finanziellen Entlastung erleichtert eine solche Maßnahme auch spürbar den Alltag betroffener Eltern.

Auch finanzielle Belastungen im schulischen Kontext machen Familien häufig Sorgen. Besonders betroffen sind davon auch das Schwimmen bzw. das Angebot an Schwimmkursen. Insbesondere, wenn Schwimmkurse im schulischen Kontext stattfinden, dürfen daraus für Eltern keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen. Anfallende Kosten sind selbstverständlich von der öffentlichen Hand zu bezahlen, zumal der Schwimmsport zahlreiche auch gesundheitlich relevante positive Effekte hat, angefangen bei der Vermeidung von Badeunfällen bis hin zur Gesundheitsprävention.

Alleinerziehende Elternteile haben häufig besonders schwierige Herausforderungen im Alltag zu bewältigen und sind mit völlig anderen Lebensrealitäten konfrontiert, als das bei Familien mit zwei Elternteilen der Fall ist. Die Stadt muss dafür sorgen, dass Kinder von Alleinerziehenden die gleichen Chancen bekommen. Alleinerziehende wiederum müssen so unterstützt werden, dass sie ihren Lebensunterhalt und ihren Erziehungsaufgaben bestmöglich nachkommen können. Dafür sollen das Beratungsan-

gebot der Stadt, ebenso wie Förderungen privater Initiativen weiter ausgebaut und unterstützt werden. Gleichzeitig müssen städtischen Sozialangebote wie der Aktivpass so strukturiert werden, dass Alleinerziehende besonders davon profitieren können.

Kinder mit Beeinträchtigung haben es im sozialen Umfeld oft nicht leicht. Es fällt ihnen teilweise schwerer, soziale Kontakte zu knüpfen und Freunde zu finden. Auch für die Eltern ergibt sich aus dieser Situation eine zusätzliche Belastung. Zwar bietet die Stadt Linz diverse Unterstützungen für Menschen mit Beeinträchtigung an, doch zur Unterstützung der Integration besteht besonders im Bereich der Kinderbetreuung Nachholbedarf. Wir müssen danach trachten, Verbesserungen für betroffene Familien und Kinder zu erzielen, um einen möglichst normalen und inklusiven Alltag in einer gewohnten Umgebung zu gewährleisten.



SICHERE SPIELPLÄTZE

Parks als Drogen-Hotspots und Rückzugsort für alkoholranke und obdachlose Menschen sind mittlerweile oftmals ein unmöglicher Ort für die Freizeitgestaltung von Familien und Kindern. Spielplätze sind Schutz- und Wohlfühlzonen für Kinder, die nicht anders genutzt und zweckentfremdet werden dürfen. Ich trete für saubere Parks und sichere Spielplätze ein, in denen sich die Linzer Familien wohlfühlen können.

In den vergangenen Jahren wurden klare Regeln für Sauberkeit und Sicherheit notwendig. So sind unter meiner Verantwortung als Sicherheitsstadtrat neue Verordnungen zum Schutz von Parkanlagen, Grünanlagen und Spielplätzen erlassen worden. Das auf sämtlichen städtischen Spielplätzen geltende Alkoholverbot muss konsequent und lückenlos auf Einhaltung kontrolliert werden.

STÄDTISCHE BERATUNGSANGEBOT FÜR JUNGFAMILIEN AUSBAUEN

Für gesellschaftliche Randgruppen gibt es in Linz ein umfangreiches, oft überbordendes Beratungsangebot. Die Familie als elementare Zielgruppe in der städtischen Gesellschaftspolitik ist hingegen aus dem Fokus geraten. Wir können nicht auf eine Aufwertung der Familie in der Gesellschaft hoffen, wenn die Politik nicht selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

Ich fordere ein System aus Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien und Menschen, die eine Familie gründen wollen in einem deutlich stärkeren Ausmaß, als diese für gesellschaftliche Randgruppen schon heute besteht. Bereits bestehende Angebote müssen hinsichtlich ihrer sozialen Treffsicherheit evaluiert werden.



SICHERSTELLUNG VON WOHNRAUM FÜR FAMILIEN

Leistbarer Wohnraum für Familien hat für mich hohe Priorität. Ich setze mich dafür ein, dass geförderter Wohnbau speziell auf die Bedürfnisse von Familien ausgerichtet ist. Die Schaffung von bezahlbarem

Wohnraum soll bevorzugt Familien zugutekommen. Auch die Schaffung von Eigentum soll für Familien eine realistische Perspektive sein.

**SOZIALE SICHERHEIT.
SOZIALER NEUSTART.
SICHERE ZUKUNFT.**

5



„Unsere Sozialpolitik zielt darauf ab, das Sozialsystem vorrangig für die eigenen Staatsbürger zu schützen und abzusichern, die dieses System auch aufgebaut haben. Sozialleistungen sollen vor allem jenen zugutekommen, die einen Beitrag zur Gemeinschaft leisten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Bekämpfung von Missbrauch im Sozialsystem und der Sicherstellung, dass die Unterstützung zielgerichtet und gerecht verteilt. Die Stadt muss Menschen helfen, die wirklich Unterstützung benötigen, ohne ein Sozialmagnet für Sozialtouristen zu werden.“

MEIN SOZIALPLAN FÜR LINZ:

- » Gerechtere Verteilung von Sozialleistungen.
- » Aktivpass reformieren.
- » Sozialmissbrauch stärker kontrollieren.
- » Unterstützung für Senioren.
- » Sichere Zukunft für Kinder und Jugendliche.
- » Bessere Beteiligung am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Beeinträchtigung.
- » Ein Herz für Tiere.

GERECHTERE VERTEILUNG VON SOZIALLEISTUNGEN

Die Schere zwischen jenen, die in unser Sozialsystem einzahlen und anderen, die als Sozialtouristen nach Linz kommen, geht immer weiter auseinander. Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben in Linz ist alarmierend. Daten und Fakten belegen eine weitere Zunahme der Sozialhilfeleistungen für Drittstaatsangehörige und anerkannte Flüchtlinge, während die Ausgaben für österreichische Staatsbürger kaum gestiegen sind. Linz gibt mittlerweile mehr Sozialhilfe für Fremde als für Österreicher aus. Die im September 2024 im Sozialausschuss präsentierten Zahlen (Vergleich 2. Quartal 2023 zu 2. Quartal 2024) zeigen einen deutlichen Anstieg der Sozialhilfe- und Krankenversicherungsausgaben bei Drittstaatsangehörigen, deren Kosten von 131.942 Euro auf 230.329 Euro um 74,5% gestiegen sind, sowie bei anerkannten Flüchtlingen, deren Ausgaben um 5,95% auf 912.957 Euro anstiegen. Gleichzeitig sank die Zahl der österreichischen Sozialhilfebezieher von 940 auf 918, während die Anzahl der Drittstaatsangehörigen-Bezieher um 16% und die der anerkannten Flüchtlinge um 6,1% zunahm.



Für mich ist klar: Linz darf nicht zum zweiten Wien werden. In der Bundeshauptstadt leben fast zwei Drittel aller Sozialhilfeempfänger in Österreich. Während dort jedoch nur 4% der Österreicher Sozialhilfe beziehen, leben etwa 73% der Syrer und 72% der Somalier vom österreichischen Sozialstaat. Diese Entwicklung darf in Linz nicht fortgesetzt werden. Ich sehe dadurch nicht nur das Sozialsystem überfordert, sondern warne auch vor sozialen Spannungen. Zu viel Zuwanderung in zu kurzer Zeit bringt unser Sozial- und Gesundheitssystem an seine Grenzen und sorgt bei den Bürgern für Unmut.

Ich fordere einen Neustart in der Linzer Sozialpolitik. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass in den letzten Jahren leider bei weitem nicht nur arbeitswillige und arbeitsfähige Fachkräfte nach Linz eingewandert sind. Das Märchen der Linzer SPÖ vom Fachkräftezufluss hat vielleicht für manche Romantiker gut geklungen, es bleibt aber ein Märchen. Realisten sehen seit Jahren eine massive Fehlentwicklung auf Kosten der Österreicher. Das zeigen auch Fakten vom Österreichischen Integrationsfonds, wonach 70% der Asylwerber Analphabeten sind. Da fehlt es an den grundlegendsten Fähigkeiten, die am Arbeitsmarkt benötigt werden. Die SPÖ hat Großteils keine Facharbeiter nach Linz eingeladen, sondern Sozialhilfebezieher. Das ist traurige Realität. Ich fordere für den Sozialbereich eine Integrations- und Leistungskultur ein.

Eine gerechte Verteilung von Sozialleistungen braucht Veränderung auf mehreren Ebenen. Das Sozialhilfe-Grundgesetz muss sich noch mehr auf soziale Gerechtigkeit für Österreicher fokussieren, eine Aufgabe der Bundesgesetzgebung. Sozialhilfe soll bundesweit Leistungen für Staatsbürger priorisieren: Österreichisches Steuergeld

muss vorrangig notleidenden Landsleuten zugutekommen. Wir müssen zudem sicherstellen, dass nur diejenigen nach Linz kommen, die auch bereit und in der Lage sind, einen Beitrag zu leisten. Eine unkontrollierte Zuwanderung, die unser Sozialsystem belastet, können und wollen wir uns nicht leisten. Auch die Stadt Linz muss Anreize für gute Integration und Leistungen schaffen, anstatt Geld mit der Gießkanne auszuschütten.

AKTIVPASS REFORMIEREN

Der ständig steigende Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung, sowie die vielfältigen Auswirkungen dieser Zuwanderung stellen für Linz in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung dar. Daher stehe ich für eine grundsätzliche Trendumkehr, die zukünftig einer inländerfreundlichen Ausgestaltung der Sozialpolitik gegenüber der weiteren Förderung des ungezügelter Zuzugs von Menschen aus anderen Kulturkreisen den Vorzug gibt.

Wer als Zuwanderer ein gleichberechtigtes Glied der solidarischen Leistungsgesellschaft unserer Stadt werden will, muss leistungs- und integrationsbereit sein: Die Sprache erlernen, Gesetze verstehen und

achten sowie durch eigene Arbeit seinen Anteil am Gemeinwohl erbringen. Die Zielsetzung städtischer Integrationsmaßnahmen muss daher die Förderung bereits legal ansässiger Zuwanderer sein, die diese Mindeststandards erfüllen und zur Erbringung dieser bereit sind.

Ich fordere deshalb neue Vergabekriterien für den Aktivpass: Künftig soll diese wichtige städtische Unterstützung nur für Österreicher, EWR-Bürger sowie Drittstaatsangehörige zugänglich sein, die (analog zur OÖ. Wohnbauförderung) Deutschkenntnisse auf A2-Niveau sowie einen fünfjährigen Hauptwohnsitz in Linz nachweisen können.

SOZIALMISSBRAUCH STÄRKER KONTROLLIEREN

Sozialhilfe soll jenen zugutekommen, die sie wirklich benötigen. Das braucht gleichzeitig realitätsnahe Kontrollen. Linz darf kein Anziehungspunkt für Sozialtouristen sein. Oberösterreich hat zurecht eines der strengsten Sozialhilfegesetze, wir wollen keine Wiener Verhältnisse. Strenge und engmaschige Kontrollen sind das wirksamste Gegenmittel. Linz soll daher noch stärker gegen Sozialmissbrauch vorgehen. Aufgrund der hohen Anzahl an Sozialhilfebeziehern in der Landeshauptstadt soll eine eigene Magistratsabteilung gegen Sozialmissbrauch gegründet werden. Dadurch sollen etwa Angaben von Sozialhilfeantragstellern genauer kontrolliert werden können.

Die Stadt Linz macht bisher nur einzelfallbezogene Kontrollen durch den Erhebungsdienst des Linzer Magistrats. Diese Abteilung ist aber mit vielen weiteren Aufgaben beschäftigt und kann sich nur am

Rande der Kontrolle des Sozialbetruges widmen. In der Praxis stellt sich beispielsweise oftmals die Frage, wie viele Personen in einem Haushalt wirklich zusammenleben – eine wichtige Grundlage für die Berechnung der Sozialhilfe. Solche und andere Fakten sollen von der „SOKO Sozialmissbrauch“ effizienter erhoben werden. Auch in Fällen, wo es in der Vergangenheit Kritik an der strengen Vollziehung des Magistrats gab, soll durch eine SOKO mehr Treffsicherheit und Gerechtigkeit geschaffen werden.



UNTERSTÜTZUNG FÜR SENIOREN

Die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen in Linz wird in den kommenden Jahren, auch aufgrund der weiter steigenden Lebenserwartung, stark wachsen. Daher ist es notwendig, das derzeit bestehende

Angebot auszubauen und den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, um für die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse auch künftig die passende Unterstützung sowie ein ansprechendes

Freizeitangebot zur Verfügung stellen zu können. Ich bekenne mich zur Generationengerechtigkeit und würdige die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen sowie die Lebenserfahrung der älteren Generation. Diese hat ein Recht auf eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Linz. Oberste Priorität ist, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und nach dem Prinzip des Vorranges mobiler vor stationärer Betreuung ein darauf angepasstes Leistungsspektrum zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus soll ein Leben in der generationenübergreifenden Gemeinschaft und die aktive Freizeitgestaltung der Vereinsamung sowie dem Abbau der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und damit der Pflegebedürftigkeit vorbeugen. Durch gezielte Projekte soll das wechselseitige Verständnis von Alt und Jung gestärkt werden. Auf diese Weise werden für die Älteren die notwendige Unterstützung und Solidarität gewährleistet, während Kinder und Jugendliche einen respektvollen Umgang mit der älteren Generation erlernen und von deren Erfahrungsschatz profitieren können.

Ich möchte daher unsere Senioren bestmöglich unterstützen, indem wir die Lebensqualität älterer Menschen verbessern und soziale Herausforderungen im Bereich Wohnen und Pflege gemeinsam lösen. Generationenübergreifende Wohnprojekte könnten Studenten und ältere Menschen zusammenbringen, um



den gegenseitigen Austausch zu fördern. Zudem soll die Stadt den Ausbau von leistbaren Kurzzeitpflegeplätzen vorantreiben, um Pflegeengpässe zu beheben und eine adäquate Betreuung in persönlichen Ausnahmesituationen zu ermöglichen.

In Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung ist es mir ein besonderes Anliegen, auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren einzugehen. Es ist wichtig, dass ältere Menschen nicht von der digitalen Entwicklung ausgeschlossen werden. Deshalb möchte ich sicherstellen, dass städtische Leistungen in allen Lebensbereichen weiterhin auch in analoger Papierform verfügbar bleiben, damit sie für alle zugänglich sind. Gleichzeitig möchte ich durch kostenlose Bildungsangebote im Umgang mit digitalen Medien die Selbstständigkeit und soziale Teilhabe der älteren Generation fördern. So können sie die Vorteile der Digitalisierung nutzen, ohne sich von der Technik überfordert zu fühlen.

SICHERE ZUKUNFT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Es ist mir wichtig, dass unsere jungen Menschen in einer sicheren und geordneten Umgebung aufwachsen können. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir Jugendlichen Räume bieten, in denen sie sich entfalten können – aber unter klaren Regeln, die ein friedliches Miteinander gewährleisten.

Eine gute Ausbildung ist das Fundament für eine sichere Zukunft. Die Infrastruktur in den städtischen Pflichtschulen ist – so wie in anderen sozialen Einrichtungen auch – in die Jahre gekommen und muss

dringend modernisiert werden. Die Politik muss die beste Ausstattung für Kindergärten, Horte und Schulen bereitstellen. Gleichzeitig müssen wir alles daran setzen, Vandalismus und Kriminalität im Schulumfeld zu verhindern. Die Linzer Schulen müssen wieder Orte der Bildung und Geborgenheit werden.

Eine große Herausforderung ist die derzeit überbordende „Familienzusammenführung“ von Asylberechtigten in Österreich. Ich sehe das allein schon deshalb kritisch, weil der hohe Migrationsanteil in

Schulen bereits jetzt nicht mehr vertretbar ist. Zu viel Zuwanderung in zu kurzer Zeit überfordert das Bildungssystem, genauso wie das Sozialsystem. Integration kann nicht funktionieren, wenn in einer Klasse teilweise mehr als 90% Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache unterrichtet werden sollen. Es ist ein weiteres Alarmsignal, dass unser Land und unsere Stadt bei der Zuwanderungspolitik völlig umdenken müssen.

Als damals jüngster Gemeinderat der Stadt Linz habe ich vor einigen Jahren maßgeblich daran gearbeitet, dass die Jugend stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Seither gibt der Jugendbeirat jungen Menschen eine Plattform, um ihre Anliegen zu äußern und aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken. Es ist mir wichtig, dass die Jugendpolitik nicht über deren Köpfe hinweg gemacht wird, sondern dass sie selbst mitreden und mitgestalten können.

BESSERE BETEILIGUNG AM GESELLSCHAFTLICHEN LEBEN FÜR MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG

Menschen mit Beeinträchtigung sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Deshalb ist es auch unserer Pflicht ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bestmöglich zu ermöglichen. Ich möchte, dass diese Menschen gehört werden und eine Stimme haben, deshalb bin ich für die Errichtung eines Behindertenbeirates, wie dies in anderen Städten längst gelebt wird. Menschen mit Beeinträchtigung können und sollen natürlich selbst für sich sprechen. Ich will ihr Multiplikator sein und durch Zuhören unterstützen. Sei es bei der Schaffung von Kinderbetreuung mit besonderen Bedürfnissen bis hin zu maß-



geschneiderten Ausbildungsangeboten oder einem inklusiven Sportangebot.

EIN HERZ FÜR TIERE

Tierschutz liegt mir besonders am Herzen. Die Stadt Linz hat ein großes Herz für Tiere. Es ist mir wichtig, dass wir uns nicht nur um die Menschen in unserer Stadt, sondern auch um die Bedürfnisse unserer tierischen Begleiter kümmern. Ich setze mich für eine gute Infrastruktur für Tiere in unserer Stadt ein. Dabei gilt es immer, die unterschiedlichen Interessen im öffentlichen Raum zu berücksichtigen. Es ist mir ein Anliegen, eine gute Balance zwischen den Bedürfnis-



sen von Tierbesitzern, den Tieren selbst und anderen Nutzergruppen zu finden. Gegenseitige Rücksichtnahme ist dabei der Schlüssel. Nur so können wir gemeinsam dafür sorgen, dass sich alle – Menschen wie Tiere – in unserer Stadt wohlfühlen.

Darüber hinaus ist mir die Unterstützung des Linzer Tierheims und von Tierschutzorganisationen ein großes Anliegen. Diese Einrichtungen leisten einen unermesslichen Beitrag für das Wohl der Tiere und unsere Gesellschaft. Deshalb möchte ich sicherstellen, dass sie die nötigen Mittel und Ressourcen erhalten, um ihre wichtige Arbeit fortzuführen. Dazu gehört auch die Förderung von Projekten, die das Bewusstsein für artgerechte Tierhaltung und den Schutz von Tieren stärken.

**GESUNDE MEDIZIN.
GESUNDE LINZER.
GESUNDE ZUKUNFT.**





“Der Erhalt eines qualitativ hochwertigen, für alle zugänglichen Gesundheitssystems ist ein Gebot der Stunde. Der Fokus muss auf der Erhöhung der Zahl der Ärzte, der wohnortnahen Gesundheitsversorgung, intensiver Präventionsarbeit und einer Verbesserung der medizinischen Leistungen in allen Lebensphasen liegen. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung und die Sicherstellung adäquater Pflege gehen dabei Hand in Hand. Mein Ziel ist es, dass wir die gesunden Lebensjahre der Linzer Bürger steigern.”

MEIN GESUNDHEITSPLAN FÜR LINZ:

- » Mehr Ärzte für Linz.
- » Primärversorgungszentren ausbauen.
- » Städtische Gesundheits- und Vorsorgeleistungen stärken.
- » Linzer Medizin-Uni für sichere Gesundheitsversorgung.
- » Wartezeiten verkürzen – Patientenströme steuern.
- » Pflege und Seniorenzentren stärken.
- » Pflegende Angehörige unterstützen.

MEHR ÄRZTE FÜR LINZ

Als Gesundheitsstadtrat kenne ich die ärztliche und soziale Infrastruktur in unserer Stadt und die Bedürfnisse der Linzer im Detail. Ich stütze mich dabei nicht nur auf unzählige persönliche Gespräche, sondern habe bereits mehrmals eine umfassende Gesundheitsbefragung durchgeführt und daraus den Linzer Gesundheitsindikator abgeleitet. Die Kernbotschaft daraus ist: Unsere Ärzte leisten eine hervorragende und engagierte Arbeit. Dafür gebührt ihnen nicht nur Wertschätzung, sondern insbesondere im Kassenbereich eine gerechte Entlohnung ihrer Leistungen. Die demographische Entwicklung macht aber auch vor den Ordinationen, Spitälern und Pflegeeinrichtungen keinen Halt. Viele Linzer finden keinen Hausarzt mehr und müssen monatelange Wartezeiten für eine fachärztliche Behandlung hinnehmen. Ich weise seit Jahren auf den zunehmenden Ärzte- und Pflegemangel in Oberösterreich hin. Eine Herausforderung, die sich bereits lange abzeichnet und durch die derzeitige Pensionierungswelle von Kassenärzten noch weiter verschärft wird. Besonders im Bereich der niedergelassenen Fachärzte steht Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht da und die dezentrale medizinische Versorgung ist ernsthaft in Gefahr. Die Vertreter der Ärztekammer sind daher gefordert, geschlossen für die Interessen der Patienten einzutreten und gemeinsam mit der österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) bürokratische, organisatorische und finanzielle Hürden schnellstmöglich abzubauen.

Kassenstellen müssen für Ärztinnen und Ärzte wieder attraktiv werden, so wie sie es über Jahrzehnte waren. Dafür braucht es als ersten, wichtigen Schritt attraktivere Kassenverträge für unsere Ärzte. Es ist kein Zufall, dass sich Ärzte immer seltener für eine Kassenarztpraxis entscheiden und sich durch die verstärkte Ansiedelung von Wahlärzten mehr und mehr eine



Zwei-Klassen-Medizin etabliert. Die Gründe dafür sind vielseitig. Neben den überbordenden Vorgaben seitens der ÖGK bei Kassenverträgen sind es nicht zuletzt auch die demographischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, eine neue Einstellung zu Beruf und Freizeit und auch die Folgen von Integrationsdefiziten, die die Entscheidung für eine Kassenarztstelle unattraktiv machen. Das Kassenarztsystem muss nachhaltig und zukunftsfit gefördert werden, um eine leistbare und flächendeckende medizinische Versorgung für die Bürger zu gewährleisten. Dazu gehört selbstverständlich auch eine angemessene Entlohnung jener Ärzte, die sich für den direkten und niederschweligen Dienst an den Menschen entscheiden. Hierfür erwarte ich mir von der ÖGK ein Zugehen auf Ärzte und eine leistungsgerechte Bezahlung.

Die Stadt Linz soll als weiteren Anreiz zur Bekämpfung des gravierenden Ärztemangels im niedergelassenen Bereich durch die Bereitstellung von Kreditbürgschaften für junge Ärztinnen und Ärzte bei der Gründung oder Übernahme von Ordinationen unterstützen, um deren wirtschaftliches Risiko zu minimieren und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung zu leisten.

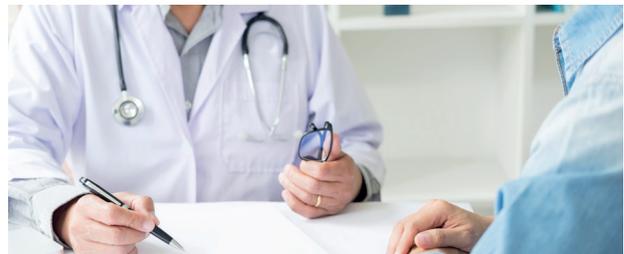
PRIMÄRVERSORGUNGSZENTREN AUSBAUEN

Eine geeignete Maßnahme gegen den Ärztemangel ist zudem die Etablierung von Primärversorgungseinheiten (PVE), die mehrere Ärzte unter einem Dach vereinen und die aus dieser Zusammenarbeit hervorgehenden (administrativen) Vorteile nutzen. Derzeit gibt es in Linz bereits drei bestehende PVEs. Besonders wichtig ist mir die PVE „Kinderärzte am Domplatz“. Die Ärzte leisten dort einen wesentlichen Beitrag für die medizinische Versorgung unserer Kinder. Ich habe als Gesundheitsreferent bereits die Gründung eines vierten Primärversorgungszentrums auf den Weg gebracht: Im Linzer Stadtteil Ebelsberg werden mehrere Ärzte ab Frühjahr 2025 für eine bessere medizinische Versorgung im Süden unserer Stadt sorgen. Diesen Weg werde ich konsequent fortsetzen.

Eine qualitativ hochwertige und niederschwellig verfügbare Gesundheitsversorgung können wir nur gemeinsam gewährleisten: Alle Verantwortlichen im Gesundheitsbereich müssen einen klaren Fokus auf

die Schaffung von PVEs setzen. Die Stadt muss etwa in ihrem Verantwortungsbereich schnellere Behördenverfahren für die Genehmigung und für den Bau von PVEs sicherstellen. Wartezeiten von 15 Monaten oder mehr für alle notwendigen (vor allem baurechtlichen) Bewilligungen zur Errichtung einer PVE sind eine unzumutbare Verzögerung für die Ärzte und Patienten.

Der Ausbau der ärztlichen Infrastruktur ist eine zentrale Herausforderung für eine gesunde Zukunft. Ich werde mich weiterhin mit ganzer Kraft dafür einsetzen.



STÄDTISCHE GESUNDHEITS- UND VORSORGELEISTUNGEN STÄRKEN

Ich setze auf Prävention in allen Lebenslagen. Auf Grundlage der laufenden Ausarbeitung unserer städtischen Gesundheitsstrategie arbeite ich an einer neuen städtischen Einrichtung. Mit dem „Gesundheitskompass Linz“ soll ergänzend zu den bestehenden, niedergelassenen und stationären Angeboten des Gesundheitssystems eine weitere Anlaufstelle der Stadt Linz eingerichtet werden. Hier kann unmittelbar eine breite Palette an Gesundheits- und Präventionsleistungen sowie Beratungsangeboten unter einem Dach vereint werden. Mit dem Gesundheitskompass verfolge ich das Ziel, die Gesundheitsversorgung für alle Bürger zugänglicher zu machen, die Gesundheitskompetenz zu stärken und Vorsorgemaßnahmen zu fördern. Jede vernünftige Gesundheitsvorsorge basiert auf Eigenverantwortung. Das betrifft nicht nur Vorsorgeuntersuchungen, sondern vor allem eine gesundheitsfördernde Lebensweise. Eine individuelle Präventionsplanung und -beratung, sowie eine Stärkung der Gesundheitskompetenz

schaffen mehr gesunde Lebensjahre für die Menschen.

Unter anderem sollen im neuen Gesundheitskompass kostenlose Vorsorge- und Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, Gesundheitsberatungen, Fortbildungen und Vorträge zur Steigerung der Gesundheitskompetenz, physiotherapeutische Leistungen sowie Leistungen im Bereich des Entlassungs-, Nachbehandlungs- und Wundmanagements angeboten werden.

Besonders wichtig ist mir zudem die Steigerung der psychischen Gesundheit und der Unterstützung der Linzer zur Orientierung in einem immer komplexeren Gesundheitssystem. Der Anstieg von depressiven Verstimmungen als Folge der krisenhaften Entwicklungen in den letzten Jahren erfordert dringend Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit der Linzer Bevölkerung. Auch die überschießende Coronapolitik sowie die teilweise darauf zurückzuführende Wirt-

schaftskrise haben in diesem Zusammenhang deutliche Spuren hinterlassen.

Vorsorge beginnt bei den Jüngsten und das unterstütze ich als Gesundheitsstadtrat aus ganzem Herzen. Das Gesundheitsressort bietet für Schülerinnen und Schüler eigene Kinder- und Jugendgesundheitstage an. In mehreren speziell für die Bedürfnisse der Schulen gestalteten Workshops wird der Schwerpunkt

auf ein gesundes Leben gelegt. Die Themen reichen vom Umgang mit Stresssituationen und psychischem Druck, Spaß an Bewegung bis hin zum praxisbegleiteten Umgang mit Tieren, speziell mit Hunden. Ich baue gemeinsam mit dem städtischen Gesundheitsservice das Angebot für Kinder und Jugendliche laufend aus und sehe darin den Grundstein für viele gesunde Lebensjahre.

LINZER MEDIZIN-UNI FÜR SICHERE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Abwanderung von Medizinstudenten von österreichischen Universitäten ins Ausland hat mittlerweile bis zu 40% der Absolventen erreicht und muss gestoppt werden. Daher bestehe ich auf den Vorrang für die Ausbildung österreichischer Ärzte. Dazu bedarf es allen voran einer leistungsgerechten Bezahlung für Ärzte und einer EU-weiten Quote von Studienplätzen pro EU-Mitgliedstaat. Jedes Land soll so viele Ärzte ausbilden, wie es benötigt.

Linz kommt mit seiner hohen Spitalsdichte eine besondere Stellung in Oberösterreich zu. Viele Patienten der Linzer Spitäler kommen aus den umliegenden Bezirken, weshalb gerade in Linz ein außerordentlich hoher Bedarf an Medizinern gegeben ist. Die Gründung der Linzer Medizinuniversität vor zehn Jahren war ein bedeutender Schritt für die regionale Gesundheitsversorgung in Linz und Oberösterreich. Sie war nur möglich durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Stadt, Land und Bund und bildet heute eine zentrale Säule für die medizinische Zukunft unserer Stadt. Mit mehr als 300 Studienplätzen trägt die Universität dazu bei, den Bedarf an qualifizierten Medizinern langfristig zu decken.

Die Linzer sollen von der Medizinischen Fakultät besonders profitieren, das möchte ich durch neue Anreize sicherstellen. Durch ein „Linzer Gesundheitsstipendium“ sollen - ähnlich dem Land Oberösterreich - Medizinstudenten finanziell unterstützt werden, die

sich verpflichten, nach dem Studium einige Jahre in unserer Stadt ärztlich tätig zu sein.

Um junge Mediziner an Linz zu binden, ist es wichtig, dass die Stadt ihnen ein attraktives Lebensumfeld bietet. Eine lebenswerte Stadt mit guten Arbeitsbedingungen, Wohnraum und kulturellen Angeboten steigert die Chancen, dass Absolventen der Medizinuniversität in Linz bleiben, ihre berufliche Laufbahn fortsetzen und versorgungswirksam tätig werden.

Die Weiterentwicklung der Medizinuniversität am Standort Linz bleibt ein zentrales Anliegen. Sie sichert nicht nur die Ausbildung zukünftiger Ärzte, sondern stärkt auch die Forschung und den medizinischen Fortschritt in der Region. Linz sollte daher weiterhin in die Entwicklung der Universität investieren, um ihre Position als medizinischer Knotenpunkt zu festigen und auszubauen. Diese strategische Ausrichtung sichert nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern stärkt auch das Ansehen und die Attraktivität der Stadt als innovativen Standort in der medizinischen Ausbildung.



WARTEZEITEN VERKÜRZEN – PATIENTENSTRÖME STEUERN

Der Linzer Gesundheitsindikator ist ein wichtiges Instrument, das von der Stadt Linz eingeführt wurde, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung sowie deren Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen systematisch zu erfassen. Dieser wurde unter meiner Verantwortung gemeinsam mit einem Statistikexperten und einem Gesundheitsökonom der JKU entwickelt und ermöglicht eine transparente Analyse der aktuellen Gesundheitssituation der Linzerinnen und Linzer. Der Indikator zeigt, dass es in einigen Bereichen, wie etwa den Spitalsleistungen durch die Pandemie zu Verschlechterungen kam, während andere Bereiche wie die Vorsorgeleistungen positiv verlaufen sind. Zusätzlich dient der Gesundheitsindikator als Datengrundlage für die zukünftige Gesundheitsstrategie der Stadt. Diese Strategie soll die Gesundheitsversorgung weiter verbessern und dabei besonders die Prävention sowie die Förderung der psychischen Gesundheit stärken.

Der Gesundheitsindikator bestätigte auch die Notwendigkeit, Patientenströme besser zu steuern. Vor allem im Zentralraum sehen wir uns – neben dem bereits thematisierten Ärztemangel im niedergelassenen Bereich – mit immer volleren Spitalsambulanzen konfrontiert. Viele der dort eintreffenden



Patienten benötigen aber gar keine stationäre Behandlung, sondern sind schlicht auf der Suche nach medizinischem Rat. Daher plädiere ich für die Einführung einer dem Spital vorgelagerten ärztlichen Versorgungseinrichtung. Diese soll als Pilotprojekt vom Kepler Universitätsklinikum und der österreichischen Gesundheitskasse gemeinsam etabliert werden. Betrieben werden soll eine solche Einrichtung durch den Spitalsträger auf Basis von Kassenverträgen. Ärzte sollen auf Honorarbasis in dieser Einrichtung tätig werden können. Somit können insbesondere Spitalsärzte ohne das Risiko der Selbständigkeit tragen zu müssen auch im extramuralen Bereich tätig werden.

PFLEGE UND SENIORENZENTREN STÄRKEN

Etwa 55.000 Senioren leben derzeit in Linz. Aufgrund einer immer älter werdenden Gesellschaft ist von einer deutlichen Steigerung der benötigten Pflegeplätze in Seniorenzentren auszugehen. Dies ist österreichweit der Fall, trifft jedoch die Stadt Linz aufgrund der in die Jahre gekommenen Infrastruktur im Pflegebereich besonders hart.

Mir liegen unsere Senioren am Herzen. Sie verdienen die beste Versorgung für ihren Lebensabend. Unsere Großväter und -mütter haben Linz in der schweren Nachkriegszeit und während des industriellen Aufschwungs aufgebaut. Ihnen verdanken wir unseren Wohlstand und unseren Lebensstandard. Sie haben

ein Recht, ihre wohlverdiente Pension in Ruhe, Sicherheit und Würde zu genießen.

Um dem steigenden Pflegebedarf gerecht werden zu können und um für den Fall unverzüglich durchzuführender Sanierungsarbeiten am Bestand über ein Ausweichquartier zu verfügen, muss umgehend die Planung und Errichtung eines zusätzlichen Linzer Seniorenzentrums erfolgen. Zeitgleich sind sämtliche bestehenden Pflegeeinrichtung auf den aktuellen technischen, medizinischen und pflegerischen Stand zu bringen.

Ich sehe drei mögliche Standorte für ein neues Seniorenzentrum:

- » Innenstadt: Die wirtschaftliche Entwicklung hat bereits einige geplante Bauprojekte gestoppt. Die Stadt soll die Eigentümer des ehemaligen IBIS-Hotels sowie der benachbarten Postcity kontaktieren und Möglichkeiten für ein Seniorenzentrum in der Innenstadt ausloten. Bereits jetzt stehen nicht alle Seniorenheime im Eigentum der Stadt Linz, sondern es wird auf Mietobjekte zurückgegriffen.
- » Urfahr: Ein Überbau des überalterten Volkshauses Harbach – wie schon vor einigen Jahren politisch diskutiert – würde sich auf städtischem Eigentum anbieten.
- » Süden: In Pichling gibt es noch Flächen, die sich für eine soziale Infrastruktur eignen würden. Auch die neu zugezogenen Pichlinger werden einmal älter und könnten dann wohnortnahe ihren Lebensabend verbringen. Aufgrund des starken Zuzugs wird das bestehende SZL Pichling nicht ausreichen. Mittelfristig wird auch das Kasernenareal Ebelsberg der Stadtplanung entsprechende Möglichkeiten bieten.

Aufgrund der steigenden innerstädtischen Hitzebelastung in den Sommermonaten und deren medizinischen Folgen (gerade für ältere Menschen) sind bauliche Hitzeschutzmaßnahmen für Senioreneinrichtungen sicherzustellen. Dabei sind insbesondere technische Kühlungseinrichtungen im Rahmen der Sanierung vorzusehen wie etwa Beschattung, Fernkälte oder Klimaanlage. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit und um dem Anspruch einer energieeffizienten Industriestadt gerecht werden zu können, soll die dazu benötigte Energie von PV-Anlagen auf den Dächern der Senioreneinrichtungen bezogen werden. Ebenso ist dabei der Dämmwert sämtlicher Einrichtungen zu erheben und wo nötig nachträglich zu verbessern.

Die Suche nach einem Pflegeplatz stellt für viele Menschen eine große Hürde dar. Eine digitale Wartezeitliste für Seniorenzentren (nach Pflegestufe) soll die Planbarkeit für die Stadt Linz erhöhen und die Transparenz für Betroffene und deren Angehörige verbessern.



PFLEGENDE ANGEHÖRIGE UNTERSTÜTZEN

Die Unterstützung pflegender Angehöriger ist eine bedeutende soziale Herausforderung, insbesondere in Städten wie Linz, wo der Anteil älterer Menschen wächst und viele Pflegebedürftige von Familienmitgliedern betreut werden. Pflegende Angehörige leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft, indem sie sich um die Versorgung ihrer pflegebedürftigen Familienmitglieder kümmern. Oftmals sind sie jedoch mit dieser Aufgabe überlastet und erfahren weder finanzielle noch strukturelle Unterstützung. Es ist daher unerlässlich, dass Menschen, die sich der Pflege ihrer Angehörigen widmen, nicht nur Anerkennung, sondern auch eine umfassende unbürokratische Hilfestellung durch die Stadt bekommen.

Die Stadt soll pflegende Angehörige aktiv unterstützen, indem sie gezielte Angebote zur Aus- und Weiterbildung bereitstellt. Durch spezielle Schulungen

können Angehörige besser auf die Herausforderungen der Pflege vorbereitet werden und somit qualitativ hochwertige Pflege leisten. Zudem ist es entscheidend, dass sie bei Fragen und Anliegen nicht allein gelassen werden, sondern auf kompetente Beratungsangebote und Hilfsstrukturen der Stadt zurückgreifen können. Diese könnten pflegende Angehörige individuell beraten und über rechtliche, finanzielle und pflegerische Aspekte informieren.



**GESUNDE
STADTENTWICKLUNG.
FREIER VERKEHR.
MIT HAUSVERSTAND.**





„Die Zukunft von Linz hängt von intelligenter Stadtentwicklung, effizienter Mobilität und Umweltschutz mit Hausverstand ab. Neue Konzepte müssen den Verkehrsfluss optimieren, den öffentlichen Raum aufwerten und Ressourcen schonen. Mobilität für alle soll gewährleistet werden, ohne die Umwelt zu belasten – durch innovative Konzepte, die Individualverkehr und Nahverkehr gleichberechtigt berücksichtigen. Die Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung muss einen höheren Stellenwert bekommen.“

MEIN STADTENTWICKLUNGS- UND MOBILITÄTSPLAN FÜR LINZ:

- » Stadtentwicklung mit Augenmaß und Bürgerbeteiligung.
- » Keine Diskriminierung der Autofahrer
– alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.
- » Sanierungsplan für städtische Gebäude mit sozialer Nutzung.
- » Attraktivierung der Landstraße als landesweites Aushängeschild.
- » Infrastrukturelle Großprojekte umsetzen – Ostumfahrung bauen.
- » Park & Ride-Konzepte rund um Linz.
- » Umweltschutz mit Hausverstand.

STADTENTWICKLUNG MIT AUGENMASS UND BÜRGERBETEILIGUNG

Um dem steigenden Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden, ohne dabei wertvolle Grünflächen und unbebaute Gebiete zu opfern, ist eine kluge und durchdachte Stadtplanung unerlässlich. Hier ist es mir ein besonderes Anliegen, nicht über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden, sondern deren Wünsche und Bedürfnisse an die erste Stelle zu setzen. Insbesondere bei großen Bauprojekten stehe ich für den unmittelbaren Austausch mit Anrainern und Betroffenen.

Besonders im innerstädtischen Bereich von Linz liegt großes Potenzial in der sogenannten Nachverdichtung. Dabei sollen bereits bestehende Flächen besser genutzt werden, anstatt neue Bodenversiegelungen durch Neubauten in unberührten Gebieten vorzunehmen.

Die Nachverdichtung ermöglicht es, Wohnraum zu schaffen, ohne den Flächenverbrauch weiter auszuweiten. Dies ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern trägt auch zur Schonung der Umwelt bei, da wichtige Grünflächen erhalten bleiben.



Ein besonderer Vorteil der Nachverdichtung liegt in der Effizienz: Die vorhandene Infrastruktur wie Straßen, Nahversorger, Schulen und öffentliche Verkehrsmittel kann besser genutzt und kostengünstig ausgebaut werden. Dadurch bleibt die Lebensqualität hoch, während gleichzeitig dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird.

Nachverdichtung bedeutet auch, kreative und innovative Lösungen zu finden, wie beispielsweise die Aufstockung bestehender Gebäude oder die Umwidmung von Gewerbeimmobilien zu Wohnzwecken. Konkret sollen etwa verstärkt gemeinsa-

me Wohnprojekte mit dem städtischen Wohnbauträger GWG und Supermärkten entwickelt werden. Die GWG hat bereit mit dem Projekt „Wohnen im Weidingerbach“ in Auwiesen gezeigt, dass Überbauungen von Supermärkten funktionieren und gleichzeitig leistbarer und attraktiver Wohnraum entstehen kann. Dieses erfolgreiche Modell soll großflächig ausgedehnt werden.

KEINE DISKRIMINIERUNG DER AUTOFAHRER – ALLE VERKEHRSTEILNEHMER BERÜCKSICHTIGEN

In der Linzer Verkehrspolitik muss ein Umdenken stattfinden, das alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen berücksichtigt. In den letzten Jahren hat sich eine Politik der „Autofahrer-Diskriminierung“ etabliert, die das Autofahren immer weiter erschwert und insbesondere Linzer Familien, Arbeitnehmer und Gewerbetreibende massiv beeinträchtigt. Diese einseitige Fokussierung auf die Einschränkung des Autoverkehrs bremst die Kaufkraft in Linz aus, gefährdet Arbeitsplätze und führt zu Steuerausfällen in Millionenhöhe. Außerdem trete ich als freiheitlich denkender Mensch der ständigen Bevormundung bei der

Wahl des passenden Verkehrsmittels entgegen.

Für viele Menschen ist das Auto eine unverzichtbare Notwendigkeit im Alltag. Familien sind auf das Auto angewiesen, um ihre Kinder zur Schule zu bringen, Einkäufe zu erledigen und zur Arbeit zu fahren. Gerade in einer Stadt wie Linz, in der nicht jeder Wohnbezirk ideal an den öffentlichen Nahverkehr angebunden ist, bleibt das Auto oft das wichtigste Fortbewegungsmittel. Durch die ideologiegetriebene Reduzierung von Parkplätzen und die zunehmende Einschränkung des Autoverkehrs verlieren Gewerbe-

treibende immer mehr Kunden an große Einkaufszentren außerhalb der Stadt, die bequem mit dem Auto zu erreichen sind. Diese Entwicklung schwächt den lokalen Handel und gefährdet Arbeitsplätze in Linz.

Es geht nicht darum, das Fahrrad als Verkehrsmittel abzuwerten – es ist ein wichtiger Bestandteil einer modernen Stadt – sondern darum, alle Fortbewegungsarten gleichberechtigt zu behandeln. Autofahren darf nicht wie ein Verbrechen behandelt werden. Eine allumfassende Verkehrsstrategie, die sowohl den öffentlichen Nahverkehr als auch den Autoverkehr, den Radverkehr und die Fußgänger gleichermaßen berücksichtigt, ist der richtige Weg. Eine „Sowohl-als-auch“-Strategie muss das Ziel sein, anstatt eine einseitige „Entweder-oder“-Politik, die nur zu



Frustration und Stau führt.

Ich fordere daher eine Verkehrspolitik, die auf Ausgleich und Vernunft setzt. Nur durch eine durchdachte Verkehrsplanung, die alle Teilnehmer fair berücksichtigt, kann Linz eine Stadt sein, in der Mobilität und Lebensqualität für alle gewährleistet sind.

SANIERUNGSPLAN FÜR STÄDTISCHE GEBÄUDE MIT SOZIALER NUTZUNG

Die städtische Infrastruktur ist in vielen Bereichen in die Jahre gekommen: Schulen, Turnsäle, Seniorenzentren und Volkshäuser. Das bestätigt etwa auch ein aktueller Bericht des Kontrollamtes, der jahrelange Versäumnisse bei dringend notwendigen Investitionen aufzeigt. An vielen Gebäuden ist der Sanierungsbedarf bereits mit freiem Auge erkennbar. Ein großer Missstand, den die bisherigen politischen Verantwortungsträger verursacht haben.

Ich setze mich für einen umfassenden Sanierungsplan ein, mit dem die städtische Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht werden soll – allen voran

die täglich genutzten sozialen Einrichtungen für die Linzer wie Schulen, Seniorenzentren und Volkshäuser.

Die dafür notwendige Finanzierung wäre ganz einfach durch einen Neustart in der Linzer Budgetpolitik zu erreichen. In Linz werden aktuell sehr viele abgehobene Luxusausgaben getätigt, etwa 80.000 Euro für eine Fledermauszählung oder fast eine Million Euro für 30 kleine Bäume an unpassenden Stellen. Für mich ist klar: Die Stadt Linz muss sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Ein Kernbereich sind gut ausgestattete und moderne soziale Einrichtungen. Zuerst die Pflicht, dann die Kür!



ATTRAKTIVIERUNG DER LANDSTRASSE ALS LANDESWEITES AUSHÄNGESCHILD

Die Linzer Landstraße, einst das pulsierende Herz der Stadt und ein landesweites Aushängeschild, kämpft zunehmend mit Leerständen und einer deutlichen Verschlechterung des Stadtbildes. Vor allem im südlichen Abschnitt sind immer mehr Barbershops, Dönerbuden und ausländische Lebensmittelmärkte zu finden, die nicht nur das Bild der landesweit bekannten Einkaufsstraße verändern, sondern auch durch die Nutzung des öffentlichen Raums für Ärger sorgen. Regelmäßig werden Lebensmittel auf dem Gehsteig platziert, es kommt zu starker Geruchsbelästigung. Darunter leidet die Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Anrainer. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden, um das einst so attraktive Zentrum von Linz wieder aufzuwerten.

Ein klarer Handlungsbedarf besteht bei der Bekämpfung von Leerständen. Hier sollte sich Linz an der erfolgreichen Entwicklung der Welser Innenstadt orientieren, die unter freiheitlicher Führung innerhalb weniger Jahre spürbare Verbesserungen gebracht hat. In Wels ist es gelungen, durch eine gezielte stadtplanerische Strategie in Kooperation mit den Wirtschaftstreibern den Vermietungsgrad deutlich zu steigern. Heute zählt die Welser Innenstadt zu den Top-Innenstädten Österreichs. Dieses Erfolgsmodell zeigt, dass eine kluge Stadtpolitik, die auf hochwertige Geschäftsansiedlungen und die Attraktivierung des öffentlichen Raums setzt, einen entscheidenden Unterschied machen kann.

Die Landstraße soll durch gezielte Maßnahmen wieder zu einem Ort werden, an dem sich die Menschen

gerne aufhalten. Mehr Grünflächen, bessere Sitzmöglichkeiten und eine klare städtebauliche Gestaltung, die auf Sauberkeit und Ordnung achtet, sind hier wesentliche Faktoren. Die Linzer Landstraße darf nicht zu einer überlaufenen, vernachlässigten Zone verkommen, sondern muss wieder ein Ort werden, der Besucher anzieht und stolz das Zentrum der Stadt repräsentiert.



Dafür fordere ich konkret:

- » Erhalt historischer Fassaden.
- » Ganzjährig nutzbare Effektbeleuchtung.
- » Mehr Sitzmöglichkeiten.
- » Trinkbrunnen und Wasserspiele auf geeigneten Plätzen.
- » „Innenstadtkümmerner“ als Netzwerker in Wirtschaftsangelegenheiten.
- » Innenstadtparkplätze für Bewohner und Kunden.
- » Attraktive Parkgebühren – günstigere Mittagstarife, Refundierungssystem.
- » Kostenlose Depot-Schließfächer.

INFRASTRUKTURELLE GROSSPROJEKTE UMSETZEN – OSTUMFAHRUNG BAUEN

Die Umsetzung großer Verkehrsprojekte ist für die Entlastung und Weiterentwicklung der Linzer Infrastruktur unerlässlich. Eines der bedeutendsten Projekte dabei ist die Fertigstellung des Westrings, der eine entscheidende Verbesserung der Verkehrslage in der Stadt bringen wird. Diese neue Strecke verbindet die Stadtteile Urfaahr, das Bahnhofsviertel und den Verkehrsknotenpunkt A7/Hummelhof und ermöglicht es, das innerstädtische Straßennetz spürbar zu entlasten. Durch den Westring werden die bisherigen Stadt-Durchfahrten deutlich reduziert, was nicht nur das tägliche Verkehrsaufkommen senkt, sondern auch zu weniger Lärm- und Luftbelastung in den betroffenen Stadtteilen führt. Das Projekt stärkt zudem den Wirtschaftsstandort Linz. Ich setze mich daher für eine zügige und planmäßige Umsetzung dieses Jahrhundertprojekts ein. Zusätzlich sollte geprüft werden, inwiefern der Westring durch eine Anbindung an die A7/Mühlkreisautobahn nördlich der Donau weiter ausgebaut werden kann. Durch eine solche Erweiterung könnte der Westring eine noch größere Verkehrsentlastung für Linz und seine Umgebung bieten.

Ein weiteres, längst überfälliges Projekt zur Verbesserung der Verkehrslage in Linz ist die Linzer Ostumfahrung. Damit soll die A7/Mühlkreisautobahn mit

der A1/Westautobahn auf östlicher Seite verbunden werden. Die Notwendigkeit dieses Projekts zeigt sich vor allem angesichts der zunehmenden Belastung durch den Schwerverkehr. Mit der Fertigstellung der Autobahnverbindung auf tschechischer Seite wird sich das Verkehrsaufkommen auf der A7 weiter erhöhen, was zu einer Überlastung der Stadtautobahn in Linz führen wird. Mit anderen Worten: Ohne die Ostumfahrung droht ein Verkehrskollaps in und um Linz.

Die Verkehrssituation in Linz hat bereits jetzt ihre Belastungsgrenze erreicht. Selbst kleinere Unfälle führen regelmäßig zu schweren Staus und Verkehrsausfällen. Eine Entlastung ist daher dringend notwendig. Der geplante Autobahnausbau in Tschechien schafft einen durchgängigen Verkehrskorridor zwischen Berlin, Dresden, Prag und Linz. Um Linz vor einer weiteren Überlastung zu bewahren, ist die Errichtung der Osttangente als leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung von entscheidender Bedeutung. Sie würde nicht nur den Schwerverkehr von der A7 abziehen, sondern auch die gesamte Verkehrsführung im Großraum Linz verbessern. Dadurch würden die Stadt-Durchfahrten in Linz reduziert, die Stauzeiten auf der A7 minimiert und zugleich die Emissionen gesenkt werden, was zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt führt.



PARK & RIDE-KONZEPTE RUND UM LINZ



Anstatt auf Verbote zu setzen, möchte ich Anreize schaffen, damit mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen, um ins Stadtzentrum zu gelangen.

UMWELTSCHUTZ MIT HAUSVERSTAND

Ein effektiver und nachhaltiger Umweltschutz ist für die Lebensqualität in Linz von zentraler Bedeutung. Doch er muss mit Vernunft und Augenmaß umgesetzt werden. Es darf nicht auf ideologische Schnellschüsse gesetzt werden, mit denen die Linzer Bevölkerung belastet und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gefährdet werden. Stattdessen setze ich mich für einen Umweltschutz mit Hausverstand ein, der den Schutz unserer natürlichen Ressourcen mit den Bedürfnissen der Linzer Bürger und der Wirtschaft in Einklang bringt.

Wichtige Maßnahmen zum Schutz der Umwelt müssen praxisorientiert und realistisch sein. Dazu gehört etwa die Förderung von erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz, ohne dabei die Energie- und Betriebskosten für die Linzerinnen und Linzer in die Höhe zu treiben. Linz kann durch gezielte Investitionen in innovative Lösungen eine Vor-

Eine gut durchdachte „Park & Ride-Strategie“ rund um den Linzer Stadtrand bietet eine ideale Lösung, um den Verkehr im Stadtinneren zu entlasten. Das ist angesichts der vielen Pendler, die durch ihre Arbeits- und Kaufkraft einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt leisten, dringend notwendig.

Durch die Errichtung von gut angebundenem Park & Ride-Anlagen rund um Linz kann ein nahtloser Übergang vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel gewährleistet werden. Andere große Städte machen es bereits vor. Dies würde es den Pendlern ermöglichen, ihr Auto am Stadtrand sicher abzustellen und bequem mit Bussen, Straßenbahnen oder Zügen ins Stadtzentrum zu fahren. Solche Konzepte verringern nicht nur das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt, sondern tragen auch dazu bei, die Lebensqualität für alle Linzerinnen und Linzer zu erhöhen, da weniger Stau, Lärm und Luftverschmutzung entstehen.

reiterrolle einnehmen, ohne die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Gleichzeitig ist es essenziell, den Ausbau von Grünflächen und die Reduktion der Luftverschmutzung voranzutreiben, um ein gesundes Stadtklima zu gewährleisten – jedoch immer im Einklang mit den Bedürfnissen der Anwohner und ohne unnötige Eingriffe in deren Lebensalltag.

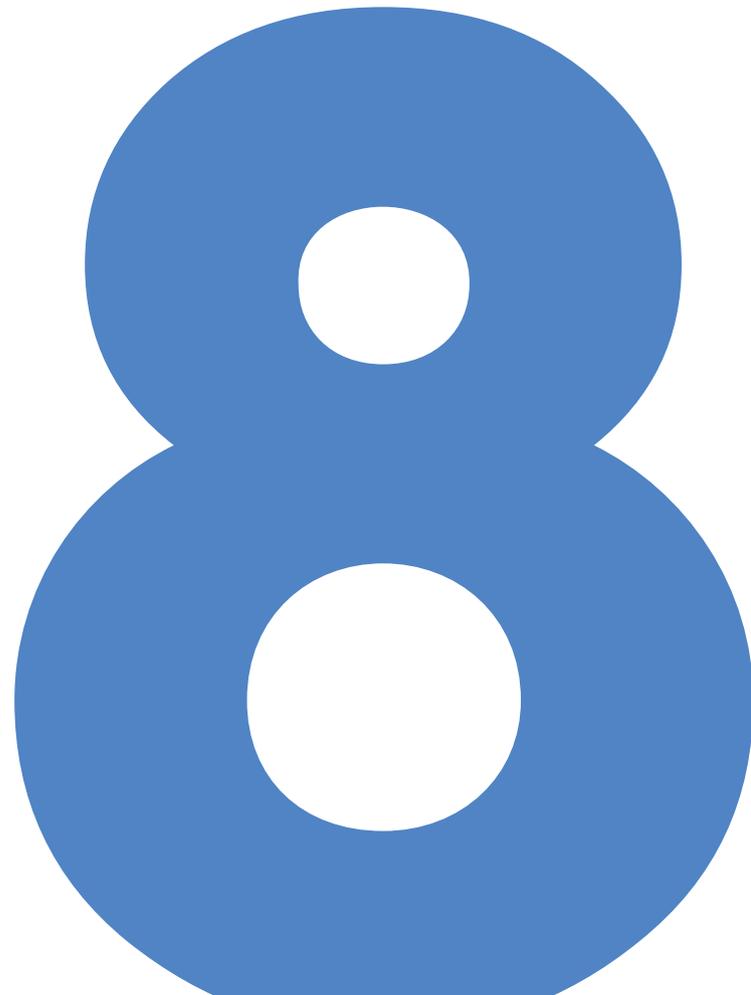
Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die sinnvolle Begrünung urbaner Räume, die nicht auf Kosten von Parkplätzen oder der Lebensqualität der Bewohner gehen darf. Ich setze mich für durchdachte Lösungen ein, die den Alltag der Linzer nicht erschwert, sondern bereichert. Ebenso sollten Maßnahmen im Umweltschutz so gestaltet werden, dass sie nicht den Autoverkehr unnötig einschränken, sondern Alternativen schaffen, die wirklich genutzt werden können.

Umweltschutz mit Hausverstand bedeutet, dass Maßnahmen nicht ideologisch, sondern pragmatisch und zielorientiert entwickelt werden. Die Umwelt zu schützen, darf nicht gleichbedeutend damit sein, das

Leben in der Stadt unnötig kompliziert zu machen – vielmehr geht es darum, Lösungen zu schaffen, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll sind.



**KULTURELLE
IDENTITÄT LEBEN.
BRAUCHTUM LEBEN.
TRADITIONEN
BEWAHREN.**





„In Zeiten vielschichtiger Krisen sind Kultur und Brauchtum wichtige Anker für den sozialen Zusammenhalt. Die Kulturarbeit muss sich wieder auf die Interessen und Vorlieben der Linzer fokussieren. Ich will das Heimat- und Wertebewusstsein unserer Stadt als starke Säulen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und als einendes Wertefundament für nachfolgende Generationen erhalten.“

MEIN KULTURPLAN FÜR LINZ:

- » Kultureller Neustart.
- » Kultur als Publikumsmagnet.
- » Österreichische Traditionen fördern – Brauchtum sichern.
- » Kulturangebote zu den Linzern bringen.
- » Stadtidentität erhalten – Schutz der historischen Linzer Bausubstanz.

KULTURELLER NEUSTART

Kultur und Kunst müssen wieder bei den Bürgern ankommen. Bewusst und oft auch unbewusst kann und soll uns Kultur als Gesellschaft beflügeln und zusammenhalten. Kulturpolitik und öffentlich subventionierter Kulturbetrieb sind keine Alimentation für abgehobenen Eliten, sie sind wichtige staatspolitische Werkzeuge, die den Steuerzahlern sehr viel Geld kosten und deshalb transparent, sinnstiftend und ergebnisorientiert eingesetzt werden müssen.

Ein kultureller Neustart muss nicht nur die finanziellen Aspekte, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung der Kulturpolitik in Linz berücksichtigen. Ich will sicherstellen, dass die kulturellen Initiativen und Institutionen der Stadt ihren Beitrag zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Stärkung der städtischen Identität leisten. Kulturpolitik muss die Bürger einbinden und ihre Bedürfnisse und Interessen widerspiegeln. Nur so kann sie ihren vollen gesellschaftlichen Nutzen entfalten.

Wir leben in Zeiten großer Polarisierung und teils auch der gesellschaftlichen Spaltung und Individualisierung. Die Kultur ist mir auch gerade deshalb ein Anliegen, weil sie Formate ermöglichen kann, bei denen Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen einander begegnen und das Trennende überwinden. Kultur geht dabei über den Besuch eines Museums oder Konzertes hinaus, sondern ist generell Ausdruck gemeinsamer Identität. Genau hier liegt das Potenzial, um den Bau von Brücken zu fördern, anstatt ideologische Barrieren zu kultivieren.

Mein Ziel ist es, die Linzer Kulturpolitik aus der Krise zu führen und die Kultur wieder florieren zu lassen.

Die Stadt gibt im Jahr 2024 insgesamt 49,6 Millionen Euro für Kultur aus. Das ist mehr Geld als wir für Bildung (41,4 Millionen Euro), Sicherheit (26,1 Millionen Euro) oder Mobilität (34,7 Millionen Euro) ausgeben. Dieses Steuergeld muss viel stärker bei den Linzern und ihren Interessen ankommen und darf nicht in Nischenprogrammen und administrativen Doppel- und Dreifachstrukturen versickern. Die Kulturdirektion im Magistrat verteilt Förderungen in Millionenhöhe an private Kulturschaffende und Theater. Oftmals für Kunstprojekte, an denen schlicht kein öffentliches Interesse erkennbar ist. Jeder soll Kulturveranstaltungen abhalten können, aber primär auf eigene Kosten und nicht zu Lasten der öffentlichen Hand. Vor allem nicht, wenn davon kein breiter Personenkreis profitiert, sondern es eher ein Privatvergnügen für eine kleine Gruppe an Leuten ist.

Die große Problematik der Linzer Kulturarbeit ist die Existenz zahlreicher ineffizienter Parallelstrukturen. Das städtische Kulturangebot wird von vielen eigenständigen Einrichtungen organisiert. Grundsätzlich ist eine Vielfalt an kulturellen Institutionen zu begrüßen. Leider führt dies aber zu einem administrativen Durcheinander: Kulturdirektion, LIVA, Museen, AEC – alle Häuser scheinen nebeneinander statt miteinander zu arbeiten. Fast alle Institutionen leisten sich zwei Geschäftsführer und eine eigene Bürokratie. Ich sehe hier großes Potential, Strukturen effizienter



zu gestalten und damit den Linzern ihr Steuergeld in Form von ansprechenden kulturellen Angeboten zurückzugeben und nicht durch eine überbordende Kulturverwaltung. Es ist unabdingbar, klare Strukturen im städtischen Kulturbereich zu schaffen.

Ich bin auch bereit, alte Denkmuster zwischen Stadt und Land aufzubrechen. Ich bin bereit, über einen neuen Theatervertrag zu verhandeln, der Vorteile für die Bürger bringt. Ich stehe für eine engere Kooperation auf Augenhöhe zwischen der LIVA und der Oö. Theater- und Orchestergesellschaft (TOG). Die Linzer und alle Landsleute sollen die volle Breite unseres

Kulturangebotes genießen können. Ich bin optimistisch, dass durch konstruktive Gespräche und eine solide Grundlage im Linzer Kulturbereich ein Vertrag zustande kommen kann, der sowohl den Bedürfnissen der Stadt als auch des Landes gerecht wird. Vor allem soll er den Wünschen der Steuerzahler und Kulturbegeisterten gerecht werden. Im Mittelpunkt einer möglichen Vereinbarung soll eine bessere Nutzung und Vernetzung von Kulturangeboten von Stadt und Land stehen. Konkret brauchen diese beiden Kulturanbieter einen gut abgestimmten Veranstaltungskalender und einen übergreifenden Ticketverkauf.

KULTUR ALS PUBLIKUMSMAGNET

Das Jahresbericht 2023 der städtischen Museen - Lentos und Nordico - spricht eine klare Sprache: 2023 fanden es nur rund 70.500 zahlende Besucher wert, das Lentos oder das Nordico zu besuchen. In diesem Jahr waren aber rund 4,5 Millionen Euro städtische Subvention für den Betrieb notwendig. Dem stehen Umsatzerlöse von nur 844.000 Euro entgegen – ein krasses Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen für die Linzer. Somit waren über 60 Euro Steuergeld pro Besucher notwendig, um den Betrieb überhaupt am Laufen zu halten. Kultur darf etwas kosten, aber nicht jeden Preis.

Eine der zentralen Forderungen für die zukünftige Linzer Kulturpolitik lautet daher, dass sich städtische Ausgaben und Förderungen für Kulturangebote stärker an den tatsächlichen Besucherzahlen und am öffentlichen Interesse orientieren müssen. Die bisherige Praxis, hohe Subventionen für Nischenprogramme bereitzustellen, die lediglich eine kleine Gruppe ansprechen, muss überdacht werden. Kulturpolitik muss den Interessen der Mehrheit der Linzerinnen und Linzer dienen und nicht dazu führen, dass Steuergelder in Projekten versickern, die am Bedarf der Bürger vorbeigehen.

Ich will, dass sich das Lentos mehr dem realen Kunst- und Kulturbedürfnis der Linzer und unserer Gäste



anpasst. Die seit Jahren ausgestellten Exponate waren zu sehr auf Randgruppen ausgerichtet und trafen ganz offensichtlich den Geschmack und die Wünsche der Linzer viel zu wenig. Ich rege deshalb an, den Fokus breitenwirksamer Künstler weiter auszubauen. Das Lentos könnte beispielsweise – wie schon 2008 vorgezeigt – wieder eine Ausstellung über den berühmten Künstler Oskar Kokoschka ausrichten. Auch die Ausstellungen zu den Werken von Alfred Kubin und Gottfried Helnwein haben in der Vergangenheit bewiesen, dass Kassenschlager im Lentos möglich sind. Lebenswerke der sehr populären, bereits verstorbenen österreichischen Künstler wie Aric Brauer, Ernst Fuchs, Friedensreich Hundertwasser oder Fritz Aigner zu präsentieren, würden mit Sicherheit mehr Publikumserfolg garantieren als das derzeitige Angebot.

ÖSTERREICHISCHE TRADITIONEN FÖRDERN – BRAUCHTUM SICHERN

Brauchtum und Tradition sind nicht nur ein besonderes Kulturgut, sie sind auch Bestandteil unserer Geschichte und Identität. Gerade in unserer schnelllebigen Zeit sollen sie uns erden und entschleunigen. Deshalb ist es von unschätzbare Bedeutung, Bräuche und Traditionen für kommende Generationen zu erhalten. Nach der jahrzehntelangen Vernachlässigung der österreichischen Kulturtraditionen ist eine gezielte Förderung unserer Kultur in allen Ausprägungsformen ein Gebot der Stunde. Die städtische Kulturförderung soll sich wieder mehr darauf fokussieren, österreichisches Brauchtum zu unterstützen.

Besonders Kinder verdienen ein breites Angebot für Traditions- und Brauchtumspflege. Ich setze mich daher aus voller Überzeugung für den Erhalt von christlich geprägten Festen in den städtischen Kindergärten ein. So soll beispielsweise das Martinsfest weiterhin in der traditionellen Form gefeiert werden, und nicht durch ein sogenanntes Lichterfest - ohne kulturellen oder Brauchtümlichen Aspekt - ersetzt werden. Ich will unsere kulturelle Identität an die weiteren Generationen weitergeben.

Die Wirtshauskultur ist ein wesentlicher Bestandteil gelebter Tradition. Seit 2019 mussten in Oberösterreich allerdings bereits rund 160 Wirtshäuser schließen. Auch in der Landeshauptstadt sind die traditionellen Wirtshäuser und Würstelstände gefährdet. Ein Blick durch die Linzer Straßen zeigt, dass das Linzer Gastronomieangebot mehr und mehr sichtbar von Kebap Buden oder anderen ausländischen Lokalen gezeichnet ist. Gleichzeitig hängt das Überleben von Wirtshäusern, die regionale österreichische Spezialitäten anbieten, immer mehr am seidenen Faden. Viele Linzer können sich die gesellige Atmosphäre eines Gasthauses nicht mehr leisten. Die steigenden Kosten für Lebensmittel, Getränke, Energie und Personal wirken sich massiv auf die Gastronomie aus. Viele Betriebe können die steigenden Preise nicht an ihre Gäste weitergeben ohne Stammkunden zu verlieren. Gleichzeitig sind oftmals Investitionen notwendig, deren Kosten die Möglichkeiten der Wirtsleute deutlich übersteigen. Der Stadt Linz muss es ein Anliegen sein, diese Betriebe vor dem Aus zu bewahren und neue Gastwirte zu ermutigen und zu unterstützen. In den städtischen Fördertöpfen für Kultur und Wirtschaft liegen Millionen Euro. Da muss auch für die Wirtshauskultur eine finanzielle Unterstützung möglich sein, denn sie ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern auch ein unverzichtbarer Teil unserer Linzer Lebensqualität und Identität. Voraussetzung soll ein traditionelles und regionales Speisen- und Getränkeangebot und – soweit möglich – eine gute Zusammenarbeit mit regionalen Produzenten und Lieferanten sein.



KULTURANGEBOTE ZU DEN LINZERN BRINGEN

Während 2024 fast alle Veranstaltungen in der Linzer Innenstadt oder im Umfeld der Donau abgehalten werden, ist ein ansprechendes Kulturangebot in anderen Stadtteilen eher rar gesät. Ein kulturelles Angebot, das die Stadt organisiert und finanziert, sucht man oft vergebens. Vor allem Parks wie am Binder-

michl, der Haidgatternpark in der Neuen Heimat oder der Lunaplatz in der solarCity würden sich ideal anbieten, um auch hier beispielsweise Konzerte und kulturelle Veranstaltungen für die Bewohner dieser Stadtteile anzubieten. Die Bevölkerung bekäme so noch mehr Lebensqualität und zudem die Möglich-

keit ohne Konsumzwang am gesellschaftlichen Leben im eigenen Stadtteil teilzuhaben und so auch bessere soziale Kontakte in der Nachbarschaft zu pflegen. Insbesondere die Linzer Musikszene könnte wieder-

um von zusätzliche Auftrittsmöglichkeiten profitieren, wenn man ihnen die entsprechenden Möglichkeiten bietet.

STADTIDENTITÄT ERHALTEN – SCHUTZ DER HISTORISCHEN LINZER BAUSUBSTANZ

Ungebrochenes Bevölkerungswachstum, gesamtwirtschaftliche Turbulenzen und der demografische Wandel stellen unsere Stadt zusehends vor wachsende Herausforderungen. Nicht selten bringen die Lösungsversuche tiefgreifende Veränderungen für die Linzer, insbesondere für ihr gewohntes Umfeld mit sich. Dies betrifft vor allem den Zustand der historischen Linzer Bausubstanz.

Wie jede europäische Stadt kennzeichnet sich auch unsere Linzer Stadtidentität durch architektonische Besonderheiten aus, die oft Jahrhunderte zurückreichen. Diese regionalspezifische Besonderheit prägt sich unseren Bürgern und auch unseren Besuchern gut ein und hinterlässt ein positiv baukulturell ge-

prägtes Wohnumfeld. Die jüngere Vergangenheit zeigt jedoch, dass die historische Linzer Bausubstanz oft preisgetriebenen Projekten zum Opfer fällt. Nicht selten werden Gründerzeithäuser einfach abgerissen.

Ich spreche mich klar für den Erhalt unserer historischen Bausubstanz aus, die unser einmaliges Linzer Stadtbild prägt. Hierfür müssen von städtischer Seite Maßnahmen erarbeitet werden, die Erhaltungs- und Sanierungsarbeiten attraktiver machen. Denkbar wären etwa Anreize für Dachraumausbauten. Ohne Nachbarn zu belasten, könnten mit nach hinten versetzten Aufbauten auf Altbeständen neue Flächen generiert werden.



**GESUNDE FINANZEN.
STARKE WIRTSCHAFT.
SICHERE
ARBEITSPLÄTZE.**





„Die Stadt muss als attraktiver Wirtschaftsstandort Sicherheit bieten. Durch gezielte Förderung regionaler Unternehmen sowie durch moderne Verwaltung und einen verantwortungsvollen Umgang mit städtischen Finanzmitteln soll Linz zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und nachhaltiges Wachstum sowie Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.“

MEIN PLAN FÜR GESUNDE FINANZEN UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE FÜR LINZ:

- » Sicherung der Arbeitsplätze.
- » Industriestandort sichern.
- » Finanzieller Neustart für Linz.
- » Reform des städtischen Förderwesens.
- » Entbürokratisierung der Verwaltung.
- » Gebühren senken statt Geld verschwenden.

SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE

Linz ist mit rund 210.000 Arbeitsplätzen der zweitstärkste Wirtschaftsstandort Österreichs. Unser Wirtschaftsstandort ist unter anderem bekannt und anerkannt für seine Großunternehmen wie etwa die Voestalpine, Primetals Technologies und die zahlreichen Unternehmen im Chemiapark. Doch auch die Mittel- und Kleinunternehmen verdienen höchste Aufmerksamkeit und Wertschätzung, denn in diesen Strukturen sind nach wie vor die meisten Linzer beschäftigt.

Die Wirtschaftsprognosen der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zeigen deutlich, dass das prognostizierte Wirtschaftswachstum für 2025 von 1,8% auf nur 1% sinken wird. Diese Entwicklung wird zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem größeren Budgetdefizit führen, wenn keine adäquaten Maßnahmen getroffen werden. Der wirtschaftliche Druck aus Asien und Nordamerika sowie die Überregulierung innerhalb der EU tragen dazu bei, dass europäische Unternehmen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Es ist daher eine dringende Aufgabe der Stadt alles zu tun, um den Standort Linz zu sichern, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Dies kann nur gelingen, wenn wir als Stadt sicherstellen, dass sich Wirtschaftstreibende, Investoren und Arbeitnehmer bei uns gut aufgehoben fühlen. Dazu gehört ein lebenswertes Umfeld genauso dazu, wie eine starke Stimme des Bürgermeisters für den Erhalt des Wirtschaftsstandortes und ge-

gen überbordenden Klimaaktivismus, der unseren Wohlstand zu zerstören droht.

Lokale Kleinunternehmen sind das Rückgrat der Einkaufsstadt Linz und sollen künftig gezielter gefördert werden. Zunehmende Leerstände in der Landstraße sowie in verschiedenen Stadtteilen zeigen, dass es für Kleinbetriebe immer schwieriger wird, eine nachhaltig abgesicherte Geschäftstätigkeit aufzubauen. Die Stadt muss proaktiv auf die Wirtschaftstreibenden und Unternehmensgründer zugehen, um deren Bedürfnisse zu verstehen und die Wirtschaftspolitik kontinuierlich an die aktuellen Marktbedingungen anzupassen. In einer zunehmend dynamischen Wirtschaftswelt müssen wir flexibel und anpassungsfähig bleiben, um zukünftigen Generationen ein starkes und erfolgreiches Linz als Wirtschaftsstandort zu hinterlassen.

Ich trete für eine umfassende Optimierung der Ausschreibungskriterien im Sinne des Bestbieterprinzips ein, bei der regionale Wertschöpfung im Vordergrund steht, indem ausländische Produkte mit langen Lieferketten und fragwürdigen Herstellungsbedingungen strikt vermieden und stattdessen lokale und nachhaltige Lieferanten bevorzugt werden.



INDUSTRIESTANDORT SICHERN

Die vergangenen fünf Jahre unter der türkis-grünen Bundesregierung waren fünf verlorene Jahre für unsere Betriebe, unsere Unternehmen und unseren Wohlstand. In den Jahren zwischen 2019 und 2024 hat sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 1,7% verringert. Das ist der schlechteste Wert aller 27 EU-

Staaten. In Sachen Produktivität je Erwerbstätigen befindet sich Österreich ebenfalls am unteren Ende der europäischen Rangliste. Nur Italien, Griechenland und Luxemburg stehen noch schlechter da. Im weltweiten IMD-Ranking der Wettbewerbsfähigkeit rutscht Österreich mittlerweile Jahr für Jahr weiter

nach hinten und befindet sich mittlerweile nur noch auf Platz 26 von 67 bewerteten Ländern.

Die Gründe für die wirtschaftliche Schieflage, die eine substanzielle Bedrohung für den Industriestandort darstellen sind vielfältig: Österreichs Wirtschaft wird durch eine überbordende Bürokratie, Melde- und Berichtspflichten und Überregulierungen massiv belastet. Vieles davon ist auf nationaler Ebene verschuldet, aber auch durch sogenanntes Gold-Plating, also die Übererfüllung von EU-Richtlinien.

Die Senkung der Steuer- und Abgabenquote und die Entlastung des Faktors Arbeit sind zentrale Stell-schrauben bei der Ankurbelung der Wirtschaft. Ausgehend vom Bruttolohn zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Österreich rund 46,8% an Steuer-abgaben auf Arbeit. Damit verzeichnet Österreich die vierthöchste Belastung in der OECD.

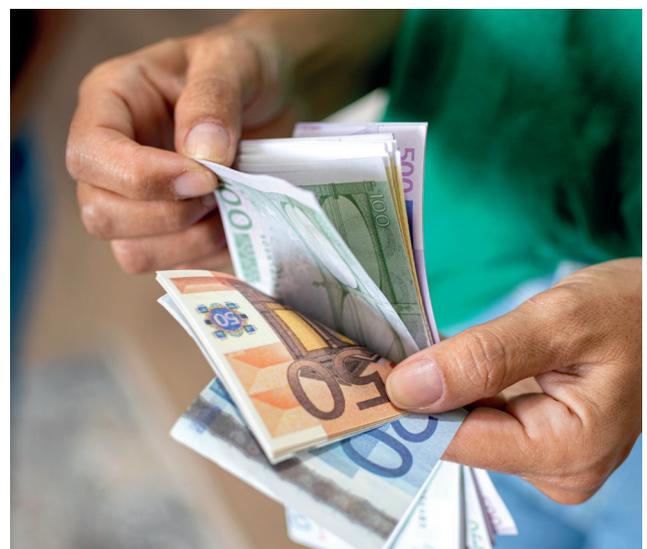
FINANZIELLER NEUSTART FÜR LINZ

Die Stadt Linz muss auch in der Budgetpolitik klare Prioritäten setzen: Zuerst die Pflicht, dann die Kür. Das bedeutet, dass sich Linz auf seine Kernaufgaben und damit auf die Interessen der großen Mehrheit der Linzer Bevölkerung konzentrieren muss.

Mehrere Skandale, die in der Vergangenheit unter SPÖ-Verantwortung unsere Stadt erschüttert haben, belasten die finanzielle Situation noch heute. Massiv hat sich die katastrophale Spekulation mit Schweizer Franken-Krediten und der als Swap-Affäre bekannte Flop auf die finanziellen Verhältnisse von Linz ausgewirkt. Auch durch die Aktenaffäre unter Bürgermeister Luger wurde viel Geld verbrannt, ebenso in der Chat-Affäre rund um das Linzer Brucknerhaus. Was alle diese Vorfälle auszeichnet, ist ein unverantwortlicher und sorgloser Umgang mit Steuergeld, eine unprofessionelle Finanzgebarung und eine Verdrängung aus dem kollektiven Gedächtnis, indem vor allem die SPÖ so tut, als wäre sie darin nicht verwickelt.

Zur Attraktivierung des Industriestandorts benötigen unsere Betriebe und Unternehmen vor allem günstige Energie. Deshalb müssen der Green Deal und seine nationalen Ableger mit CO₂-Steuer & Co. umgehend rückabgewickelt werden.

Der Fachkräftemangel in Österreich ist in Teilen hausgemacht. In so gut wie allen Sektoren gehen die Lehrlingsausbildungszahlen seit Jahren kontinuierlich zurück. Hier muss der Gesetzgeber für attraktivere Rahmenbedingungen zur Ausbildung von Fachkräften in Österreich sorgen. Wie erwartet hat die unkontrollierte Massenmigration der vergangenen zehn Jahre das Fachkräfteproblem nicht ansatzweise gelöst, sondern soziale Konflikte zusätzlich geschaffen. Grundsätzlich soll deshalb bei den für die Wirtschaft notwendigen Anwerbungen von Fachkräften aus dem Ausland auf das europäische Arbeitskräftepotential zurückgegriffen werden.



Steuergeldern, Schuldenabbau und gesundes Wirtschaften müssen zur obersten Maxime der neuen Linzer Finanzpolitik werden.

Müssen wir wirklich 80.000 Euro für eine Fledermauszählung und satte 800.000 Euro für 30 Bäume ausgeben? Ist es sinnvoll, über 100.000 Euro Linzer Steuergelder auszugeben, um Asylwerbern, die oft kaum Deutsch sprechen, eine Programmiersprache beizubringen? All dies geschieht, obwohl die finanzielle Lage der Stadt alles andere als rosig ist. Ich fordere daher: Um die Finanzen der Stadt nachhaltig zu verbessern und die Bürger zu entlasten, sollen umgehend steuergeldfinanzierte Förderungen für sinnlose Selbstbeschäftigung gestoppt werden, vorrangig vor allem in den Bereichen Kultur und Migration. Das Einsparungspotential ist erheblich und würde wirklich wichtige Investitionen und Unterstützungen ermöglichen.

Unsere primäre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass unsere Stadt ihre Kernaufgaben gut erfüllt. Die Stadt soll ordentlich, sauber und gepflegt sein. Viele Linzer Schulen, Turnsäle, Volkshäuser und Altersheime befinden sich in einem schlechten Zustand und müssen dringend saniert werden. Die Stadt muss in Zukunft mehr in die Sanierung der städtischen Infrastruktur investieren. Um dies zu ermöglichen, müssen wir eine Budgetkonsolidierung erreichen. Wir brauchen einen finanziellen Neustart, bei dem ein Kassasturz durch externe Finanzexperten durchgeführt wird, um einen klaren Überblick über die finanzielle Situation der Stadt zu gewinnen und die Weichen neu zu stellen. Die Zeiten, in denen sich Linz Luxusprojekte leisten konnte, sind vorbei. Ich werde gemeinsam mit Experten aus dem Finanzbereich alles daransetzen, um gesunde Finanzen sicherzustellen. Für eine sichere Zukunft.

REFORM DES STÄDTISCHEN FÖRDERWESEN

Im Jahr 2022 gab die Stadt Linz freiwillig etwa 17 Millionen Euro für verschiedene Förderungen und Subventionen aus. Häufig flossen diese Gelder an Vereine und Gruppierungen, die den Kulturbereich dazu nutzen, linke ideologische, feministische und politische Botschaften gegen Andersdenkende zu verbreiten. Diese Projekte genießen die Unterstützung sowohl der SPÖ als auch der ÖVP, was dazu führt, dass fragwürdige Projekte wie „tanzende Vulvas“ oder Workshops wie eine „Vulva-Abdruck-Session“ mit städtischen Mitteln finanziert werden. Damit muss endlich Schluss sein.

Es ist unsere Pflicht, sorgsam mit Steuergeldern umzugehen. Daher ist es nötig, einen strengeren Richtlinienkatalog zu schaffen. Statt Steuergeldverschwendung muss der Mehrwert für die Linzer im Mittelpunkt stehen. „Privatvergnügen“ dürfe nicht länger subventioniert werden.

Ich stehe für eine umfassende Reform und Entideologisierung des städtischen Förderwesens ein. Wir

benötigen mehr Transparenz und Fairness bei den Kultursubventionen. Zum Beispiel müssen im Theaterbereich die Fördermittel stärker an die Besucherzahlen gekoppelt werden. Dies würde einerseits die Theater motivieren, ein breitenwirksames Programm anzubieten, und andererseits die städtischen Förderausgaben reduzieren. Auch die bisherige Förderung fehlgeleiteter Migrationsprojekte muss kritisch hinterfragt werden. Jedes eingereichte Projekt sollte streng auf seine Sinnhaftigkeit überprüft werden. Unabhängig vom Tätigkeitsbereich der Projektträger müssen alle geförderten Projekte einen klar erkennbaren Mehrwert für die Stadtbevölkerung bieten.



ENTBÜROKRATISIERUNG DER VERWALTUNG

Die umfangreiche Bürokratie und die Vielzahl regulatorischer Hürden stellen eine erhebliche Belastung für Unternehmen und Bürger dar. Verwaltungsprozesse sind in vielen Fällen komplexer und zeitaufwändiger als in anderen Ländern. In den letzten Jahren hat sich die Stadt Linz bemüht, die Verwaltung zu entbürokratisieren und zu digitalisieren, um städtische Dienstleistungen für Bürger und die Wirtschaft zugänglicher und einfacher zu gestalten. Ich setze mich für eine zeitgemäße und bürgerorientierte Verwaltung ein, die sich durch Kundenorientierung, Schnelligkeit, Effizienz, Zuverlässigkeit und fachliche Kompetenz auszeichnet.

Es ist nötig, die zehn Jahre alte Magistratsreform zu evaluieren. Gemeinsam mit Mitarbeitern des Magistrats, Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten und Bürgern soll es möglich werden, die Effizienz zu steigern und bürgernäher zu werden. Es ist nötig, Behördenverfahren zu beschleunigen – für die Bürger ebenso wie für die Wirtschaft. Es ist entscheidend, dass niemand in Linz beim Hausbau oder der Unternehmensgründung durch unnötige Bürokratie aufgehalten wird.



Zudem ist eine wirkungsvolle und realitätsnahe Überarbeitung der „Linz Compliance“ für alle Unternehmen der Stadt notwendig, um Korruption und Freunderlwirtschaft zu beenden und ein transparentes wirtschaftliches Umfeld zu schaffen.

Dabei dürfen technikferne Bürger nicht vergessen werden. Deshalb fordere ich, dass die Stadtteilzentren als Bürgerservicestellen erhalten bleiben und nicht weiter weggespart werden. Diese Zentren müssen den Bürgern weiterhin auch in nicht-digitaler Form Zugang zu den meisten städtischen Dienstleistungen ermöglichen, also zum Beispiel Anträge in analoger Papierform.

GEBÜHREN SENKEN STATT GELD VERSCHWENDEN

Die Stadt muss ihr Budget durch eine vernünftige Ausgabenpolitik in den Griff bekommen. Es darf daher keine Erhöhungen von städtischen Gebühren geben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in schwierigen Zeiten nicht durch unnötige Mehrkosten belastet werden, sondern im Gegenteil will ich für Entlastung sorgen. Ich setze mich für eine effizientere Verwaltung und eine kluge Finanzplanung ein, um das Budget optimal zu nutzen und Sparpotenziale zu heben. Durch konsequentes Sparen im Verwaltungsbereich können wir den Schuldenrucksack für kommende Generationen deutlich reduzieren. Dies wird es uns ermöglichen, die notwendigen Leistungen für die Bürger zu erbringen, ohne auf zusätzliche Einnahmen durch Gebührenerhöhungen zurückzugreifen.

In Zeiten, in denen Menschen unter steigenden Lebenshaltungskosten und Inflation leiden, ist es mir ein besonderes Anliegen, dass die Linzerinnen und Linzer nicht durch eine Erhöhung städtischer Gebühren zusätzlich belastet werden. Ganz im Gegenteil: Durch sinnvolle Einsparungsmaßnahmen wird es gelingen, die städtischen Gebühren zu senken.

Immer häufiger wird von einigen politischen Kräften die Erhöhung von Gebühren, wie zum Beispiel der Parkplatzgebühren, ins Spiel gebracht, um Autofahrer aus der Innenstadt zu verdrängen. Dies würde nicht nur der lokalen Wirtschaft schaden, sondern auch jene Bürger belasten, die auf ihr Auto angewiesen sind. Auch hier vertrete ich die klare Position, dass wir Gebühren und Abgaben senken und damit die Linzer entlasten müssen.

